

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vierteljahr 8,97 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandsabonnement 8,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Anfall der Verzögerung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands



Dienstag
26. Juli 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döndhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Noch fünf Tage!

Sonntag wird gewählt! Mobilisiert den letzten Mann!

Die Entscheidung naht heran! Jetzt nicht mehr viel Worte, wo-
rum es geht! Die Reaktion zeigt ihr wahres Gesicht, der Kurs geht
gegen die Arbeiterschaft! Noch fünf Tage sind Zeit, um die Front
gegen die Barone zu verbreitern! — Setzt euch alle ein bis zum
Letzten! — Werbt für die Sozialdemokratie! — Reißt den letzten
Säumigen aus seiner Ruhe!

Heraus mit unseren Fahnen! Zeigt die drei Pfeile! Massenaufgebot für Liste 1!

Mehrheit gegen Hitler-Kurs.

Ueberwachungsausschuß fordert Aufhebung der Hitler-Berordnungen

Die Opposition kann mit dem Ergebnis der Ver-
handlungen des Ueberwachungsausschusses des
Reichstages in jeder Beziehung zufrieden sein!
Der Ueberwachungsausschuß hat alle Anträge
auf Aufhebung der gegen das Land Preußen gerichteten
Notverordnungen, der Notverordnung wegen
der SA. und der Uniformen, sowie wegen der Ein-
griffe in die Polizeihohheit der Länder angenommen.
Dabei haben zwar die Vertreter des Zentrums erklärt,
daß ihre Abstimmung nur ein Ersuchen an die Reichs-
regierung darstellt, Sozialdemokraten und die übrigen
Parteien sehen in den Beschlüssen darüber hinausgehend eine
rechtliche Verpflichtung im Sinne des Art. 48 der
Reichsverfassung. Diese Meinungsverschiedenheit ändert
nichts daran, daß die bisherigen politischen Maßnahmen der
Reichsregierung im Ueberwachungsausschuß die schärfste
Verurteilung gefunden haben.
Der moralische Erfolg, den die Opposition gegen das
Kabinett Papen erzielt hat, darf in jeder Beziehung hoch
eingeschätzt werden. Nachdem die Regierung zu dem Er-
scheinen vor dem Ausschuß ohne jede Bedingung gezwungen
worden ist, vertrat sie die Anschauung, der Ausschuß sei aber
für Entscheidungen nicht zuständig. Der Ausschuß be-
schloß das Gegenteil. Und wenn die Regierung geglaubt
haben sollte, daß Schweigen von Stärke zeuge, so hat sie sich
wohl selbst in den Verhandlungen widersprechend davon über-
zeugen müssen, daß ihre zahlreichen Mißerfolge eindeutig da-
gegen sprechen.
Jedenfalls haben die scharfen Angriffe des Abg. Dr.
Breitscheid, aber auch der Abgeordneten Wegmann
(Ztr.) und Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) schließlich den Herrn
Reichswehrminister von Schleicher zu einer
Rede veranlaßt, die nicht gerade davon zeugte, die Reichs-
regierung sei der Meinung, sie könne auf ihre bisherigen
Taten stolz sein. Man kann jedenfalls wohl das eine als un-
bestreitbar feststellen: Nie ist eine Regierung im Reichstag so

scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen, und nie hat eine Re-
gierung sich weniger und schlechter zu verteidigen ge-
wußt, als die jetzige!
Auch die Anträge auf Aufhebung der wirt-
schaftlichen Notverordnung vom 14. Juli wurden
angenommen, allerdings enthielt sich dabei das Zentrum
der Stimme. Es wurde ein Zentrumsantrag beschlossen, der
die Regierung um Beseitigung der Härten ersuchte.
Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde das
Recht ausgesprochen, den Ausschuß jederzeit wieder
zu berufen, wenn er seinen Zusammentritt für erforder-
lich erachtet.
Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages beriet gestern im
Beisein der Regierung die Anträge über Aufhebung der Notverord-
nungen. Zunächst sprach
Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):
Nach Artikel 48 der Reichsverfassung ist dem Reichstag von
allen Maßnahmen, die auf Grund dieses Artikels getroffen werden,
unverzüglich Kenntnis zu geben. Wenn der Reichstag
aufgelöst oder vertagt ist, ist zur Wahrung der Rechte der Volks-
vertretung gegenüber der Regierung nach Artikel 35 ein Ausschuß
eingesetzt. Wenn die Worte „zur Wahrung der Rechte der Volks-
vertretung gegenüber der Reichsregierung“ einen Sinn haben sollen,
so muß dieser Ausschuß von den auf Grund des Artikels 48 ge-
troffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt werden.
Daß ich nicht geschwehe, und in dieser Unterlassung sehen meine
Freunde und ich einen Verstoß wider die Verfassung.
Wahrscheinlich wird die Reichsregierung auf einem anderen
Standpunkt stehen. Aber die Unterlassung einer amtlichen Unter-
richtung dieses Ausschusses kann uns auf keinen Fall hindern, in
eine Prüfung der Notverordnungen, die seit der Auf-
lösung des Reichstages ergangen sind, einzutreten und sie sowohl nach
der rechtlichen wie nach der tatsächlichen Seite zu behandeln.
Ich beginne mit den Anträgen, die sich auf
die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen
beziehen. Nach Artikel 48 der Reichsverfassung ist die Voraussetzung
der Reichsregierung gegenüber einem Lande gegeben, wenn dieses

Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen
obliegenden Pflichten nicht erfüllt.
Dieser Tatbestand war in Preußen in keiner Weise vorhanden.
Die amtlichen und halbamtlichen Kommentare zu der Maßnahme
der Reichsregierung (die Notverordnung selber enthält überhaupt
keine Begründung) lassen jede ernst zu nehmende Erklärung, worin
die Pflichtverletzung oder Pflichtveräußerung der preussischen Re-
gierung bestanden haben soll, vermissen.
und wir warten bis zum heutigen Tage vergebens auf eine
wirklich ernst zu nehmende Begründung.
Nun kann bekanntlich nach Artikel 48 Absatz 2 der Reichs-
präsident auch dann, wenn im Reich die öffentliche Sicherheit und
Ordnung erheblich gestört oder gefährdet werden, die zur Wider-
herstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen
erlassen.
Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es mit der
öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Zeit in Deutschland schlecht,
ja sehr schlecht bestellt ist. Nord durchstößt die Straßen, kein Tag
vergeht ohne Zusammenstöße und blutige Konflikte, kurz, es sind
Zustände eingerissen, die eines Kulturstaates unwürdig sind. Das
aber gilt, wie ich ausdrücklich betone, nicht nur für Preußen, sondern
für das ganze Reich, und es ist gänzlich unverständlich, warum
gerade das Land Preußen unter die besonderen Maßnahmen gestellt
werden muß.
Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die
preussische Regierung und ihre Behörden alles getan
haben, um gegen die Ruhestörer vorzugehen und sie
zur Verantwortung zu ziehen. Alle gegenteiligen
Behauptungen, die von der Reichsregierung und den
ihre nahestehenden Organen aufgestellt werden, ent-
behren jeder Begründung.
Da ist zunächst die These, die preussische Regierung sei gegen-
über der kommunistischen Partei nicht frei gewesen und
habe also infolgedessen nicht die Möglichkeit gehabt, kommunistische
Uebergriffe mit der genügenden Schärfe zurückzuweisen. Es dürfte
der Reichsregierung doch auch nicht unbekannt sein, daß die Kommu-
nisten bis in die allerletzte Zeit hinein zu der Regierung Braun-
Severing in dem denkbar schärfsten Gegenfah gestanden haben. Sie
haben gemeinsam mit der Nationalsozialistischen Partei gegen das
preussische Kabinett Sturm gelaufen.
Ja, sie haben vor einem Jahr zusammen mit den Rechts-
parteien das Volksbegehren gegen diese Regierung durchgeführt.

KPD. gegen Arbeitereinheit.

Ein Rundschreiben der Kommunistischen Zentrale.

Die persönliche Kritik, die die kommunistischen Redner und Zeitungs-schreiber an den Mitgliedern der preussischen Staatsregierung geübt haben, war nicht minder scharf, als die, deren sich die Nationalsozialisten bedienten. Wie in aller Welt kann man da eine Gebundenheit an die Kommunisten oder gar eine Verbundenheit mit ihnen konstruieren?

Wenn man der preussischen Regierung Mangel an Energie gegenüber den Kommunisten vorwirft, so läßt sich das höchstens so erklären, daß die Reichsregierung der Auffassung ist, es müßten die Kommunisten scharfer angefaßt werden als jene radikale Reichsregierung, die ebenfalls die bestehende Verfassung ablehnt und die Verfassung sowohl als diejenige, die sich zu ihr bekennen, mit den Mitteln des Terrors unter Gewalt bekämpft. Zu einer solchen Auffassung kann man gelangen, wenn man sich daran erinnert, daß für die Rundfunkrede des Reichsanzlegers ein Entwurf vorlag, in dem sehr bedenkliche Sätze standen. Es hieß da etwa, die kommunistischen Stimmen dürften moralisch nicht ebenso bewertet werden wie die der anderen Parteien. Diese Sätze sind nachträglich gestrichen worden, aber sie waren bereits durch das amtliche Telegrammbüro verbreitet. Es scheint also in den Kreisen der Regierung eine Ansicht zu herrschen, der aufs schärfste widersprochen werden muß. Wir mögen zur KPD. stehen wie wir wollen, und sie wissen, daß die Sozialdemokratie die schärfsten Auseinandersetzungen mit ihr zu führen hat.

Jedenfalls aber ist diese Partei gleichberechtigt, und es ist nicht Sache des Reichsanzlegers, den Wert ihrer Wahlstimmen anders einzuschätzen als die der anderen Parteien.

Außerdem aber haben die politischen Gruppen, mit deren Unterstützung die gegenwärtige Reichsregierung zur Macht gelangt ist, die kommunistischen Stimmen niemals moralisch unterbewertet, wenn sie mit ihnen zusammen, sei es beim Volksbegehren, sei es in den Parlamenten, sich gegen die Regierung wandten. Und der Reichsinnenminister, Freiherr von Geyl, hat es nicht unter seiner Würde gehalten, im Preussischen Staatsrat bei der Behandlung des Amnestiegesetzes seine Stimme mit den moralisch minderwertigen der Kommunisten zu vereinen?

Nun aber wird weiter behauptet, daß ein hoher preussischer Beamter, gemeint ist der Staatssekretär im Ministerium des Innern, geradezu mit den Kommunisten konspiriert habe. Ein Beweis ist nicht erbracht und wird nicht zu erbringen sein. Aber wenn ein solcher Verdacht in den Kreisen der Reichsregierung auftaucht, so war es ihre Pflicht, unter Vorlegung von Beweismitteln bei der preussischen Regierung vorstellig zu werden und auf Abhilfe zu dringen. Bevor sie den Artikel 48 in Anwendung brachte, hätte sie den Artikel 15 der Reichsverfassung benutzen können! Das ist nicht geschehen, sondern sie hat ohne weiteres zu den schärfsten Maßnahmen gegriffen.

Indessen, ein Wort muß noch hervorgehoben werden, daß der Reichsanzleger in der kritischen Besprechung gegenüber dem Minister geäußert hat. In die Enge getrieben hat er schließlich erklärt, daß Gründe der Staatsraison ihn zu dem Vorgehen gegen Preußen bestimmt hätten. In dem Artikel 48 der Verfassung ist von Staatsraison keine Rede. Staatsraison ist ein sehr gefährlicher Begriff, wer Willkür üben will, kann sich immer auf die Staatsraison berufen! Und Staatsraison ist es dann wohl auch gewesen, die die Reichsregierung erspottete den Reichskommissar zu der widerrechtlichen Absetzung von Ministern und allen Beamten bestimmt haben. Was diese Absetzung betrifft, so berufe ich mich auf das unerschütterliche Gutachten des Prof. Jellinek. Aber wie man vorgegangen ist, wird am besten illustriert durch jene Ausschüsse, die der Vertreter der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof benutzt hat. Fünf Minister sind abgesetzt worden, weil sie einer Einladung, in der Herr von Papen als preussischer Ministerpräsident firmierte, nicht Folge geleistet haben. Jetzt heißt es, daß bei dieser Firmierung ein Büroklappsen vorgekommen sei! Der Fehler liegt also durchaus auf der Seite des Reichskommissars, wie haben aber nichts davon gehört, daß die auf diesem Fehler beruhende Entlassung der Minister rückgängig gemacht worden sei!

Alles in allem, das ganze Vorgehen gegen die preussische Regierung entbehrt der Rechtsgrundlage.

Der Artikel 48 ist in einer Weise angewendet worden, die nicht anders als militärisch bezeichnet werden kann. Wenn die Reichsregierung der preussischen Regierung Gebundenheit an die Kommunisten nachsagt, so haben wir viel mehr Recht von ihrer Verbundenheit mit der Hitler-Partei zu sprechen. Sie sieht sich genötigt, Versprechungen zu erfüllen, die sie den Nationalsozialisten gegeben hat. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß Verfassungsfragen Nachfragen seien. Aber die Regierung hat sich nicht auf die Macht, sondern auf das Recht berufen, und wir haben die Pflicht, im Namen dieses Rechts gegen ihr Vorgehen den schärfsten Protest einzulegen, die Zurücknahme von Maßnahmen zu fordern, die nur unter schwerster Verletzung der Verfassung zustande gekommen sind.

Und nun zu der politischen Seite der Sache. Hat sich etwa in Preußen die Lage seit der Einsetzung des Herrn von Papen als Reichskommissar gebessert? Nein, die Wortstaten, die Verheißungen usw. dauern hier fort, wie sie im ganzen Reich fortbauern. Ich erinnere daran, wie beispielsweise im Reidenburger Kreise unser Kollege, der Reichstagsabgeordnete Jäder von S.L.-Leuten niedergeschlagen worden ist, obwohl die Landjäger sich in seiner unmittelbaren Nachbarschaft befanden. Im ganzen Kreise Reidenburg steht die nicht nationalsozialistische Bevölkerung unter dem Terror der S.L.-Leute.

Die Wurzel des Übels ist darin zu suchen, daß das Uniformverbot und das Verbot der Privatarmee des Herrn Hitler wieder aufgehoben wurde.

Seinerzeit hat die Regierung Brüning das Verbot ausgesprochen mit der Begründung, daß ein Staat im Staate nicht gebildet werden könne, und daß das Auftreten der braunen Armee zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führe. War etwa die Regierung Papen in der Lage, diese Feststellungen ihrer Vorgängerin zu entkräften? Sie hat den Reichspräsidenten veranlaßt, daß, was er wenige Wochen vorher festgestellt hatte, zurückzunehmen, und sie hat damit die Autorität des Reichspräsidenten sowohl als auch die Staatsautorität aufs schwerste geschädigt. Sie hat, weil sie durch Versprechungen gegenüber Herrn Hitler gebunden war, den uniformierten nationalsozialistischen Truppen die Möglichkeit zur Provokation und über die Provokation hinaus zu positiver Gewaltanwendung gegeben.

Damit komme ich auch zu dem Antrag über die Sicherung der Wahlfreiheit. Kennen Sie es Wahlfreiheit, wenn allenthalben Presseverbote erlassen werden, und wenn dort, wo die Nationalsozialisten regieren, wie zum Beispiel in Anhalt, nicht nur öffentliche, sondern auch Mitgliedsversammlungen der Eisernen Front unterlagert werden. Dort wird keine Versammlung erlaubt, in der der Reichstagsabgeordnete Seeger als Redner auftritt, ja, er darf selbst nicht einmal als Einziger zu der Versammlung fungieren. So geht man gegen die Sozialdemokratie vor, die das Verdienst hat, die ungeheure Erregung, die in der Bevölkerung herrscht, zu dämpfen, um die Wahlen stattfinden zu lassen! (Zwischenruf der Kommunisten)

Trotzdem, wir haben nicht die Absicht, der Regierung einen Vorwand zu geben, den allgemeinen Belagerungszustand zu verlängern und dem Wunsche ihrer nationalsozialistischen Auftraggeber entsprechend die Wahl am 31. Juli zu verhindern.

Zu dem allen kommt noch der Belagerungszustand für Brandenburg und Berlin, der verfügt worden ist, angeblich, um die Maßnahmen gegen Preußen durchzuführen zu können, der aber, nachdem diese Maßnahmen erfolgt sind, einfach wieder aufrechterhalten wird. Unter diesem Belagerungszustand neue Presseverbote!

In den Arbeitermassen lebt ein tiefes Sehnen nach gemeinsamem Kampf gegen die Reaktion und gemeinsamen Ringen um sozialistische Ziele, nach offener Bekundung von Klassenverbundenheit und Klassenbrüderlichkeit. Aus diesem Sehnen schöpft die Eisernen Front ihre innere Kraft und ihre ständig steigende Macht. Je mächtiger die Reaktion vorstößt, um so lauter wird der Ruf nach Einheit in den Arbeitermassen, um so gelebter wird die Geschlossenheit der Eisernen Front.

Die kommunistischen Führer haben versucht, aus diesem elementaren Sehnen ein Parteigeschäft zu machen. In ihren Händen wurde aus dem Einheitssehnen der Arbeiter eine taktische Einheitsfrontkampagne. Das Erwachen der kommunistischen Arbeiter war ihnen gerade gut genug, um ein Manöver zu veranstalten. Dies Manöver sollte eine Form ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie sein. Die kommunistische Führung hat dies Manöver angewandt, sie hat die Kampagne gemacht, und — sie verliert sie! Denn härter als die taktischen Rechnungen der Parolenkünstler in der KPD. ist der wirkliche Einheitswille der Arbeiter, das Sehnen und das Streben nach dem großen einheitlichen Bloß des Klassenbewußten Proletariats nach der einheitlichen Aktion. Die kommunistischen Arbeiter begreifen den gemeinsamen Kampf in der Eisernen Front — aber sie begreifen nicht die Spaltungs- und Trennungsabsichten der kommunistischen Führer. Die Arbeiter begreifen mit gesundem Klasseninstinkt, wo sie jetzt zu stehen und was sie zu tun haben — aber sie begreifen nicht die künstlichen Manöver der KPD.-Führer, bestimmt die Arbeiter auseinander zu halten.

Die kommunistischen Führer wissen, daß sie das Spiel verlieren. Der Beweis dafür ist

ein Rundschreiben der Kommunistischen Zentrale vom 14. Juli 1932.

In diesem Rundschreiben werden lang und breit auseinandergesetzt die „Fehler bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik“. Es heißt dort:

„In der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee festgelegten Linie unserer Einheitsfrontpolitik sind in der letzten Zeit zum Teil unverzeihliche Fehler eingetreten, die die größte Wachsamkeit der Partei erfordern, weil sie in keiner Weise den gefassten Beschlüssen unserer Partei entsprechen.“

Die unverzeihlichen Fehler sind die kommunistischen Strategen wie immer nicht bei sich selbst, sondern bei ihren örtlichen Organisationen und bei den Arbeitern. Die unverzeihlichen Fehler bestehen darin, daß örtliche KPD.-Organisationen und kommunistische Arbeiter wirklich ernst machen mit der Einheit, indem sie herandrücken an die Eisernen Front. Das Rundschreiben der KPD.-Zentrale spricht davon, daß es eine Gefahr für die KPD. wäre, daß der Weg des geringsten Widerstandes in der Frage der Einheitsfrontbewegung beschritten werde.

Der Weg des geringsten Widerstandes — das ist eben die Einheit! Sie meinen damit das Einreihen kommunistischer Arbeiter in unseren Kampf und in unseren Demonstrationen! Wir haben beobachtet, daß kommunistische Arbeiter es wie eine Be-

freiung empfunden haben, daß sie mit ihren sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern zusammen ihrem natürlichen Klasseninstinkt und ihrer Klassenverbundenheit Raum geben konnten in Demonstrationen der Eisernen Front, sei es selbst gegen den Willen kommunistischer Führer, die nicht die Einheit wollen, sondern die Zerstückung.

Die kommunistischen Arbeiter sind sehr kritisch geworden gegenüber ihren Führern und so ordnet die KPD.-Zentrale an:

„Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen, für eine Einheit um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw., müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten.“

So ordnet die kommunistische Zentrale an: keine örtlichen Verhandlungen von KPD.-Organisationen mit Organisationen der Eisernen Front! Sie ordnet weiter an, daß die Taktik der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag, die vorübergehend bei einzelnen reaktionären Anträgen Vernunft gezeigt hatte, nicht nachgeahmt werden dürfe. Die kommunistische Zentrale ordnet weiter an, daß gemeinsame Demonstrationen mit der Eisernen Front nicht stattfinden dürften, daß es unzulässig sei, Vereinbarungen und Leitungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD. und KPD. herbeizuführen.

Einen besonderen Ruffel erhält der Betriebsrat des Leunawerks:

„Ein besonders traffes Beispiel einer solchen opportunistischen Einstellung ist der gemeinsame Aufruf der roten Betriebsräte und der reformistischen und christlichen Betriebsräte des Leunawerks, veröffentlicht im „Klassenkampf“ vom 4. Juli 1932. In diesem Aufruf werden unter Zustimmung der roten Betriebsräte die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die KPD. als „die großen Arbeiterorganisationen“ bezeichnet, in denen sich alle Arbeiter organisieren müßten. Es werden in dem Aufruf ausschließlich die Papen-Regierung und die NSDAP. angegriffen, ohne auch nur mit einem Wort die Bränning-Politik der Sozialdemokratie zu erwähnen.“

So lautet das Rundschreiben der KPD.-Zentrale über die Einheitsfrontpolitik schließlich bei der alten Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie!

„Die SPD. ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Unsere strategische Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, den Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse gegen die SPD. zu richten, „zur Lösung von Millionen von Arbeitern von der Sozialdemokratie aus der Gefolgschaft dieser SPD.-Führer.“

Sie wagen es in der heutigen Situation den kommunistischen Arbeitern noch zu erzählen, daß die sozialdemokratischen Führer Sozialisten seien! Über den kommunistischen Arbeitern gehen die Augen auf. Sie zeigen Erbitterung darüber, daß ihre Führer Einheitsfront sagen und nur ein Manöver meinen, um die Arbeitereinheit zu verhindern.

So gehen ihnen die Augen auf, daß die Eisernen Front die wahre Einheitsfront ist und daß hier der Platz ist, wo sie heute zu stehen und zu kämpfen haben!

Ich schweige von anderen, ich weise nur des Beispiels halber auf das Verbot des „S.-Uhr.-Abendblatts“ hin, das wegen einer harmlosen Zeichnung erlosch ist. Wenn Herr von Papen eine derartige Empfindlichkeit an den Tag legt, so muß ich sagen, daß er sich für den Platz, an dem er steht, schon aus diesem Grunde sehr wenig eignet! Dazu kommen

die Verhaftungen.

Man hat den Polizeioberst Heimannsberg ebenso wie den Major Ende und den Reichsbannerwart Carlberg wie schwere Verbrecher nachts aus den Betten geholt. Ein Unteroffizier der Reichsmehr ist mit vorgehaltener Pistole in das Polizeipräsidium zu Schöneberg eingedrungen, als ob zu befürchten gestanden hätte, daß Heimannsberg sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen werde, oder daß die Polizei sich gewalttätig zur Wehr setzt. Man ist genötigt gewesen, Heimannsberg wieder zu entlassen, und im Grunde war das Ganze eine schwere Blamage für die Regierung und für ihr militärisches Ausführungsorgan.

Und dann die Verhaftung meines Parteigenossen Robert Breuer. Auf die Anzeige eines verächtlichen Demuzianten hin wird er in Schutzhaft genommen und er wird in Haft behalten, obwohl zahlreiche Zeugen zur Verfügung stehen, die die edelstehende Verurteilung abgeben, daß Breuer nicht das gelagte hat, was jener Demuziant von ihm behauptet. Dabei gibt es heute für den, der sich in Schutzhaft befindet, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Kriege keinerlei Rechtsgarantien. Alles ist in die Willkür des Militärbefehlshabers gestellt, selbst die Sprecherlaubnis mit dem Rechtsbeistand und mit der Familie des Inhaftierten!

Die Schutzhaft Breuers wegen der oben angezeigten Delikte muß deshalb als ungesetzlich bezeichnet werden, weil die Verordnung des Reichspräsidenten in ihrem § 3. auf den sich der Schutzhaftbefehl bezieht, eine Bestrafung nur für den vorsieht.

„wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt, oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt.“

Eine Anordnung des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers, die sich auf die Breuer vorgeworfenen Delikte bezieht, ist aber bis heute überhaupt nicht erlassen!

Auf diese Weise hört Deutschland und hört insbesondere Preußen auf, ein Rechtsstaat zu sein. Dabin hat es die Regierung Papen gebracht! Wie sind unter diesen Umständen vollstaus berechtigt und verpflichtet, die Aufhebung jundacht der politischen Notverordnungen, sowie des Belagerungszustandes zu fordern. Und ich stelle noch einmal fest, daß Herr von Papen und sein Kabinett die Macht an die Stelle des Rechts gesetzt haben. Die Herren haben sich der Verletzung der Verfassung, ja, ich scheue mich nicht zu sagen, des Bruchs der Verfassung schuldig gemacht. Und sie haben darüber hinaus Verordnungen erlassen, die wahrhaftig nicht dazu beitragen, eine Entgiftung des politischen Kampfes, wie es der Herr Reichspräsident in seiner Erklärung vorsah, herbeizuführen. Aber ich rufe Herrn von Papen zu: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Hg. Wegmann (3.) hat die Zentrumsanträge stellen lediglich das Verlangen an die Reichsregierung, die Notverordnung auf dem ihr möglichen Wege außer Kraft zu setzen. Es könne gar kein Zweifel sein,

daß das Vorgehen gegen Preußen verfassungsrechtlich unzulässig wäre.

Der Redner begründet das einsehend und schließt seine Bemerkungen mit folgender Feststellung: Die Staatsautorität habe seit langer Zeit keinen solchen Stoß erlitten, wie jetzt bei dem Vorgehen gegen amtierende Minister. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß

man es nicht verstanden hätte, die Reichsmehr aus dem Spiel des Parteigeirieses zu lassen. Man brauche sich doch nur daran zu erinnern, wie dieselben Leute, die heute über die ungerechtfertigte Verhaftung des verdienten Obersten Heimannsberg jubelten, über Verletzung der Staatsautorität getobt hätten, als die Ulmer Reichswehroffiziere verhaftet worden sind. Das Vorgehen gegen Preußen sei ein verhängnisvoller Fehler, um das allerhöchste zu verhüten, müsse mindestens der Belagerungszustand sofort aufgehoben und das Uniformverbot wieder eingeführt werden!

Nach einer lediglich gegen die Sozialdemokratie gerichteten Rede des kommunistischen Abg. Ullrich spricht dann der Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Sp.). Der Ausschuss sei berathigt, die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Die Aufhebung des Uniformverbots habe in Bayern die öffentliche Ordnung erst gestört. Die Uniformen wirken provokatorisch.

Die Notverordnung vom 18. Juli stelle einen unerhörten Eingriff in die Volkshoheit der Länder dar. Man werde den Eindruck nicht los, daß die Aufhebung des Uniformverbotes die Bedingung für den Amtsantritt der Regierung gewesen sei.

Aber alles werde übertroffen durch das Vorgehen gegen Preußen. Es wäre das größte, was man sich vorstellen könne. Bei nachgewiesener Gesetzesverletzung könne man außerordentlich einen Reichskommissar einsetzen. Aber die Absetzung einer Regierung mit Hilfe eines Leutnants sei unerhört! Gerade in Süddeutschland habe das Vorgehen gegen Preußen eine verhängnisvolle Wirkung hervorgerufen. Wenn die Mainlinie in geistiger Hinsicht wieder aufgerichtet werde, so sei dies die Schuld der Reichsregierung.

Der Redner beschwor dann den Reichswehrminister, das ihm anvertraute lösbare Gut der Achtung des Volkes vor der Reichsmehr zu wahren und zu hüten. Wenn Leute mit einer halbamtlichen Briefvergänger, wie der nationalsozialistische Stabschef, überhaupt im Reichswehrministerium empfangen würden, so sei das Gut dieser Achtung gefährdet. Der Redner habe Frontoffiziere gesprochen, die eine Verbundenheit mit einem derart qualifizierten Manne völlig undgreiflich fänden. Die Reichsregierung möge die wenigen Kriptonisten an Autorität und Achtung, die die heutige Zeit noch gelassen habe, nicht zerstören.

Reichsanzler v. Papen

legt gegen die Bemerkung des Abg. Pfleger von der Mainlinie Verwahrung ein. Reichsinnenminister v. Geyl gibt eine Erklärung ab, der Ausschuss sei nicht zuständig.

Darauf heißt Abg. Dr. Reichswehr, daß die Vertreter der Reichsregierung nicht ein Wort zu dem Vorwurf des Verfassungsbruchs gesagt hätten. Der Vorwurf bestünde also zu Recht.

Auch der Abg. Erling (3.) wendet sich in schärfsten Worten gegen die Politik der Regierung und gegen ihre dürftigen Antworten.

Werde die Reichswehr auch gegen die Nationalsozialisten vorgehen, wenn die Nationalsozialisten, wie sie immer wieder andeuten, sich eines Tages mit Gewalt in Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten? (Reichswehrminister von Schleicher ruft: Selbstverständlich!)

Es sei ein ganz unmöglicher Zustand, daß auf Grund unkontrollierbarer Zeitungsmeldungen Männer verhaftet und Parteihäuser besetzt würden. Mit dem Kommunitenhaus fange es an. Wer weiß, welche Parteihäuser morgen und übermorgen besetzt würden. Auf eine weitere Frage des Abg. Erling (3.) wiederholte

Reichsanzler v. Papen.

daß die Reichsregierung jede Ausschreitung, gleichgültig, von

welcher Seite sie komme, beurteile. Im übrigen sei es Sache der Länderregierungen, Ausschreitungen zu verhindern. Die Reichsregierung habe jedenfalls alle Anordnungen getroffen, um die Wahlfreiheit nach jeder Richtung hin völlig zu sichern.

Abg. Hoegner (Soz.): Der Ausschuss habe wohl das Recht, von der Reichsregierung die Aufhebung der auf Grund von Art. 48 erlassenen Notverordnungen zu verlangen.

Abg. Wegmann (Str.) legte gegen die Auffassung der Reichsregierung über die Rechte des Ausschusses Protest ein.

Abg. Dr. Pfeiffer (B. Vp.) forderte den Reichswehrminister auf, sich zu dem Vorwurf zu äußern, daß die Reichswehr zur Hilfsgruppe der SA. geworden sei.

Reichswehrminister v. Schleicher

brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Besonders General v. Rundstedt bedauere dies; er habe erst gestern abend den Wunsch geäußert, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben. Wenn aber einmal derartige Maßnahmen notwendig gewesen seien, dann seien unter Umständen scharfe Maßnahmen nicht zu vermeiden. Bei Zeitungsverboten sei General v. Rundstedt stets besonders zurückhaltend. Bezüglich der Schußhaftfälle werde das Material der zuständigen gerichtlichen Stelle überwiesen werden und damit dem Bereich der Militär-gewalt entzogen. Die Maßnahmen im Karl-Liebknecht-Haus seien zum Teil bereits wieder rückgängig gemacht worden.

Mit aller Deutlichkeit erklärte der Reichswehrminister, daß es die Wehrmacht niemals zulassen werde, mit irgend jemand, wer auch immer es sei, die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen, und gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kommt es nochmals zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Dr. Breitscheid und Wegmann und dem Reichskanzler von Papen. Breitscheid stellte vor aller Öffentlichkeit fest, daß das Schmeißen einer starken Regierung nicht würdig sei, daß nichts auf den Vorwurf „Bruch der Verfassung“ erwidert worden sei. Wegmann wirt dem Reichskanzler vor, daß seine dürftige Antwort nicht die Sprache eines Staatsmannes sei und mit objektiver Beurteilung nichts mehr zu tun habe.

Die Abstimmung ergibt die Annahme aller Anträge auf Aufhebung der Notverordnung, auch wird der Antrag zum Schutze der Wahlfreiheit und gegen die Befehle des Karl-Liebknecht-Hauses einstimmig angenommen.

Den Antrag auf Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnung vom 14. Juli begründet Abg. Dr. Herr. Auch dieser Antrag wird angenommen.

So beginnt das Dritte Reich!

Hakenkreuz-Beamte willkommen!

Der kommissarische preussische Minister des Innern, Bracht, hat dem kommissarischen „Staatsministerium“ eine Vorlage gemacht, wonach der Befehl des preussischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet.

Die Rechtsprelle fordert, daß auch die Landräte, die sich zur Republik bekennen, ihrer Ämter enthoben werden.

Breuer bleibt in Haft.

Herr von Schleicher, der Reichswehrminister, hat eine Haftbeschwerde des Genossen Robert Breuer zurückgewiesen. Die Verlängerung der Schutzhaft sei wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erfolgt. Diese Gefährdung bestehe auch jetzt noch! Eine Klärung der widersprechenden Zeugenaussagen müsse dem Gericht vorbehalten bleiben.

Breuer bleibt aber in Haft, solange der Belagerungsstatus besteht. Mit ihm endet automatisch die Schutzhaft. Ob es dem Denunzianten Koroddi gelingt, Breuer wegen sogenannten „Hochverrats“ in Untersuchungshaft zu bringen, muß abgewartet werden. Nach der bisher geübten Praxis wäre es eigentlich nicht wahrscheinlich.

Hochverrat begeht, wer versucht, die Verfassung gewaltsam zu ändern. Die Strafanzeige wegen Hochverrat geht also von der Annahme aus, daß am 20. Juli ein Versuch gemacht worden ist, die Verfassung gewaltsam zu ändern, und zwar soll das durch die Reden von Breuer und Anker in den Spichernsälen geschehen sein. Ansonst war am 20. Juli alles in bester Ordnung.

Ende bleibt in Haft.

Der Strafantrag des Militärbefehlshabers gegen den am Freitag wegen Vergehens gegen § 3 der Notverordnung vom 20. Juli feigenmännlichen Polizeimajors Ende vom Kommando der Schutzpolizei ist im Laufe des gestrigen Montags bei der Staatsanwaltschaft II eingegangen, die nun ein Ermittlungsverfahren gegen Ende, der bis auf weiteres vom Dienst suspendiert ist, einzuleiten hat.

Der Provokatour Schuhmacher geht nach wie vor im schönen Sonnenschein spazieren.

Waffensuche bei Reichsbanner!

In Neufölln-Brich hat gestern bei Reichsbannerführern die Suche nach Waffen, begonnen. Gefunden wurde nichts. Ausführlicher Bericht im lokalen Teil des Blattes.

Thälmann darf, Löbe nicht!

Obwohl in Braunschweig in den letzten Wochen in öffentlichen Versammlungen Redner aller Parteien gesprochen haben, so Thälmann und Crow von der SPD, Hiltner von der NSDAP, Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, Wienbed von der Deutschen Nationalen Volkspartei, hat Klages am Montag, 24. Stunden vor Beginn einer großen Kundgebung, in der der Präsident des Deutschen Reichstages Löbe sprechen sollte, diese öffentliche Kundgebung verboten, da sie angeblich die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde. Die Versammlung findet nun als geschlossene Mitgliederversammlung der Eisernen Front trotzdem statt. Die republikanische Bevölkerung Braunschweigs ist über das Verbot deziert erregt, daß mit einer gewaltigen Kundgebung trotzdem zu rechnen ist. Die Ortskommission der Eisernen Front hat Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister von Gayl geschickt.

Es liegt beim deutschen Volke, binnen sechs Tagen diesem ganzen Spul das verdiente Ende zu bereiten!

Heute aber schon — wer es noch nicht getan hat — zum Protest!

Fahnen heraus!

Zingeltangel-Politik



Was fang ich mit der Wahrheit an?
Das ist nichts für den Hiltnermann!

Doch ist der Schwindel noch so dumm,
Es freut sich unser Publikum.

Gorgulow vor Gericht.

Der Mörder des französischen Präsidenten muß sich verantworten.

Paris, 25. Juli. (Eigenbericht.)

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Montagmorgen der Prozeß gegen den Präsidentenmörder Gorgulow. Den Vorsitz führt der Präsident des Appellgerichtes, Dreyfus, die Anklage vertritt Generalstaatsanwalt Guigue. Alle zu dem Sitzungssaal führenden Gänge sind von republikanischer Garde bewacht, die jede von außen kommende Störung der Verhandlungen verhindern sollen.

Nach dem Personalverhör Gorgulows, der von den Verteidigern des Mörders von Lauras, Rechtsanwalt Gérard und Rechtsanwalt Roger, verteidigt wird, verlas der Gerichtsschreiber die 12 Seiten lange Anklageschrift. Der Angeklagte hörte aufmerksam zu und wechselte ab und zu einige Worte mit seinem Hauptverteidiger. Ein darauf gestellter Antrag der Verteidigung, zwei Aerzten, die nach dem Untersuchungsbescheid der Gerichtsärzte ein anders lautendes Gutachten ausgefertigt haben als diese, die Möglichkeit zu geben, Gorgulow während der Pausen und am Abend zu untersuchen, wurde vom Gericht als unzulässig abgelehnt, da beide Aerzte als Zeugen geladen sind.

Beim Verhör Gorgulows fragte der Präsident, ob er, als er noch in Rußland lebte, mit kommunistischen Kreisen in Verbindung gestanden habe. Gorgulow verneinte und erklärte, er sei ihr Feind gewesen, nur mit Kerenski habe er sympathisiert. Auf den Einwurf des Präsidenten, daß der Zeuge Lazarew das Gegenteil behauptet habe, sagte Gorgulow aus, der Zeuge sei ein Lügner und Späher, der ihn entehren wolle. Schließlich gab Gorgulow zu, als Krankenwärter für die Sowjets gearbeitet zu haben, aber ohne Kommunist zu sein.

Als sich ihm die erste Gelegenheit bot, habe er die Flucht ergriffen und sei über Warschau nach Prag gefahren, wo er seine medizinischen Studien beendet habe. Gorgulow sprach sich dann über die Ursachen der Scheidung seiner drei Ehen in der Tschechoslowakei aus und leugnete energisch, daß er als Arzt unerlaubte Eingriffe bei Frauen vorgenommen habe und er Mitglied eines kommunistischen Parteiverbandes gewesen sei. Diese Behauptungen seien nur Nachrede der Kommunisten gewesen. Es folgte das Verhör über seinen Aufenthalt in Frankreich. Er habe niemals, so sagte Gorgulow, regelmäßig gearbeitet, mit Ausnahme einiger Konsultationen. Er habe sich hier zum vierten Male mit der Schweizerin Fraulein Geng verheiratet, und nachdem deren Mitgift aufgezehrt war, sei er mit seiner Frau nach Monaco gefahren, wo er noch Geld im Spiellokal verloren habe. Gorgulow

schilderte dann die Einzelheiten seiner Abreise in Monaco, seine Ankunft in Paris und die Vorgänge bei der Ermordung Doumers, die aus den seinerzeit übermittelten Meldungen bekannt sind. Es sei eine Tragödie, so fügte er hinzu, daß seine Idee stärker gewesen sei als sein Will. Er habe im übrigen sofort Selbstmord begehen wollen, gleichviel ob das Attentat gelinge oder nicht. Das Attentat sei eine Fatalität gewesen. Der Präsident hätte ebenso auch nicht an ihm vorübergehen können. Als ihm darauf der Vorsitzende die Vorbereitungen zu der Tat vorhielt, die auf vorsätzlichen Mord schließen ließen, erwiderte der Angeklagte, jemand in seiner Seele habe seinen Willen gelenkt. Er habe nichts gegen die Person Doumers gehäht, sondern er habe nur den Präsidenten töten wollen, denn der Präsident leite die Politik Frankreichs und Frankreich habe sein Vaterland geopfert, indem es gegen Rußland im Böhmerbund arbeite. Die französische Regierung habe ihn daran gehindert, an der Errichtung einer russischen Republik, ähnlich der französischen zu arbeiten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er allein gehandelt habe, oder ob ihn jemand beeinflusst habe, erwiderte Gorgulow: „Der Teufel hat mir die Tat eingegeben.“

Schließlich gab Gorgulow zum Publikum gewandt folgende Erklärung ab: „Frankreich, höre mich an. Ich bin Paul Gorgulow, Vertreter von 100 Millionen Russen. Ich bin zugleich ein Feind der Monarchie und des Kommunismus. Ich habe beide bekämpft. Die russische Monarchie hat mein Land zugunsten Deutschlands verraten. Dieser Verrat hat tausenden russischer Soldaten das Leben gekostet. Der Zar liebte sein Volk nicht. Ich habe in der weißen Armee gedient und festgestellt, daß die Weißrussen nur die Monarchie zu verschärfen suchten, ohne dem russischen Volk die Freiheit und die anderen Wohlfahrten, auf die es ein Anrecht hat, zu sichern. Rußland hat kein Interesse für die weiße Armee gehabt und daher hat die rote Armee mein Land einnehmen können. Ich habe in der Tschechoslowakei und in Frankreich versucht, eine russische Bauernpartei zu gründen, aber ich habe keine Erfolge gehabt. Ich erkläre mich als schuldig. Geben Sie mir den Tod, aber retten Sie meine Idee. Die Katastrophe naht und sie wird eine Weltkriegskatastrophe werden.“

Im Anschluß begann das Zeugenverhör. Der Schriftsteller Ferrère, der damals durch zwei Schüsse verwundet wurde, ein Journalist und der Polizeidirektor Guichard schilderten der Hergang der Tat ohne etwas Neues zu berichten. Nach der Aussage des Gerichtsarztes, der die Leiche Doumers obduziert und festgestellt hat, daß die Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden sind, wurde die Verhandlung auf Dienstagmorgen vertagt.

Deutschland für Vertrauenspakt.

Papen-Hiltner für Verständigungspolitik.

Die Reichsregierung, die nach Condon und Paris Rückfragen über die Natur des englisch-französischen „Vertrauenspakt“ gerichtet hatte, hat nunmehr, wie alle übrigen Mächte, ihre Bereitschaft erklärt, sich diesem neuen diplomatischen Verfahren anzuschließen. Deutschland ist demnach dem neuen Pakt förmlich beigetreten, der es dazu verpflichtet, jede wichtige

außenpolitische Frage mit den übrigen Mächten „vertrauensvoll“ auf diplomatischem Wege durchzuberaaten, bevor irgendeine besondere Aktion unternommen wird.

Ein Schritt mehr auf dem Wege der Verständigungspolitik. Aber auch ein diplomatisches Hindernis mehr auf dem Wege der Revision des Friedensvertrages.

Was wäre geschehen, wenn etwa Stresemann, Müller oder Brüning diesen Schritt unternommen hätten! Aber im Fall Papen ist das ganz etwas anderes — denn auch die Außenpolitik der Regierung Papen wird ja von Hiltner toleriert!

Zeugen gesucht!

Wer war am Mittwoch, 20. Juli, in den Spichernsälen?

Alle Teilnehmer der Versammlung in den Spichernsälen, die ein genaues Erinnerungsvermögen besitzen und der Rede des Genossen Robert Breuer genau gefolgt sind, werden gebeten, sich schriftlich bei Rechtsanwalt Franz Neumann, Alte Jakobstraße 148, zu melden.

Polizei im Liebknecht-Haus.

Das Karl-Liebknecht-Haus wurde heute nachmittag von der Polizei besetzt. Die WTB. hierzu mitteilt, sollen Kommunisten angeblich versucht haben, in die im Karl-Liebknecht-Haus liegenden, von der Polizei geschlossenen Räumen der City-Druckerei, in der auch die „Rote Fahne“ gedruckt wurde, einzudringen.

Von zuständiger Stelle wird zu dieser Belegung noch mitgeteilt: Anfolge eines Mißverständnisses bei den ausführenden Organen der Polizei wurde heute nachmittag das Karl-Liebknecht-Haus vorübergehend geschlossen, besetzt und bald darauf auf Anordnung vom Polizeipräsidium wieder freigegeben.

Keine einstweilige Verfügung!

Macht und Recht!

Aber das Volk kann dem Recht Macht verleihen.

Der Staatsgerichtshof hat am Montag den Antrag der von der Papen-Regierung für abgelehnt erklärten Preußenregierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Es soll Optimisten gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwartet haben, die geglaubt haben, daß der Staatsgerichtshof im Wege der einstweiligen Verfügung wenigstens gewisse Dinge regeln werde, die so, wie sie heute sind, die Unhaltbarkeit des durch die Einsetzung des Reichskommissars geschaffenen Zustandes ganz kraß hervortreten lassen, so u. a. die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat. Diese Optimisten haben durch den Spruch des Staatsgerichtshofes eine Enttäuschung erfahren. Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Optimisten gehört haben. Sie wissen seit Laffalle, daß, wenn die Reaktion die tatsächliche Verfassung zuungunsten der Arbeiterschaft verändert, die Arbeiterschaft selber das ihre tun muß, um die tatsächliche Verfassung Deutschlands wieder auf den Boden der Freiheit und der Demokratie zurück zu rücken. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß sie selbst in ihrer Masse den Staatsgerichtshof bilden müssen, der die Entscheidung gegen die Reaktion trifft und daß es ihre Aufgabe ist, diese Masse so klar, so bemüht und so wichtig wie möglich in die Erscheinung treten zu lassen. Das ist die Aufgabe des 31. Juli!

Die Umgestaltung der tatsächlichen Verfassung, der gegenrevolutionäre Wechsel des Systems in Preußen ist erfolgt durch Macht. Die preußische Staatsregierung Braun-Senering hat dagegen die Stimme des Rechtes erhoben. Sie hat vom Staatsgerichtshof Recht gefordert gegen die Macht. Danach hatte der Staatsgerichtshof zwei aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen. Zunächst eine Entscheidung über eine einstweilige Verfügung, die den Reichskommissar in der Anwendung der Macht hemmen sollte, dann die grundsätzliche Hauptentscheidung darüber, ob das Vorgehen des Reichs in Preußen verfassungsmäßig ist. Der Staatsgerichtshof hat die erste Entscheidung gefällt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich abgelehnt. Das bedeutet, daß der Staatsgerichtshof bis zu seiner Hauptentscheidung die durch den Gebrauch der Macht geschaffene Regelung der Dinge tatsächlich anerkennt. Er will nicht von sich aus eine andere Regelung der Dinge bewirken, er erklärt, daß er einen anderen Weg, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuwehren, nicht zu sehen vermöge. Der Sinn dieser Entscheidung ist: es hat in Preußen zunächst zu bleiben, wie es das Reich gewollt hat. Im politischen Machtkampf schweigt zunächst die Stimme des Rechtes. Der tatsächliche Zustand, wie er jetzt in Preußen besteht, bleibt. Es ist nun das Lebensmerkmal dieses Zustandes, daß er auf Macht basiert, aber nicht oder noch nicht auf legalisierter Macht. Darum bleiben alle Unklarheiten, alle Gewissenskonflikte der Beteiligten, alle Reibungswiderstände in der Verwaltung, es bleibt die tiefe Unruhe der Bevölkerung.

Wie lange soll dieser Zustand dauern? Der Präsident des Staatsgerichtshofes hat die Deffinitivität vor der Auflösung gewarnt, daß die Entscheidung zur Hauptsache in wenigen Tagen fallen könne. Allein die Frist, die dem Reich zur Einreichung von Erklärungen gegeben ist, geht bis zum 5. August. Das endgültige Urteil des Staatsgerichtshofes in der Hauptsache wird also erst gegen Mitte August erfolgen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden also vorher fallen: die Wahlentscheidung vom 31. Juli und die Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die gegenwärtigen Machthaber aus dem Ergebnis der Wahl zu ziehen gedenken. Es könnte sein, daß der Spruch des Staatsgerichtshofes, der heute von größter Bedeutung sein könnte, im Augenblick, wo er gefällt wird, nicht mehr viel praktische Bedeutung hat!

Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof am Sonnabend hat gezeigt, was ist. Die Vertreter Preußens und der beiden klageführenden Landtagsfraktionen haben mit ausgezeichneten verfassungsrechtlichen Gründen gekämpft, sie haben sich auf Gutachten erster Autoritäten des Staatsrechtes gestützt. Der Vertreter des Reiches hat diesen Kampf nicht aufgenommen. Er hat gezeigt, daß die gegenwärtigen Machthaber im Reich die Macht in die Waagschale werfen. Er hat keinerlei Beweismaterial für ihr Vorgehen in Preußen ausgebreitet. Er hat nicht zu beweisen versucht, inwiefern die preußische Staatsregierung ihre Pflicht zur Bekämpfung einer staatsfeindlichen Partei vernachlässigt habe, keinerlei Beweise vorgelegt für die Behauptungen und Anschuldigungen, die gegen höchste preußische Funktionäre geschleudert worden sind. An die Stelle der Beweise tritt die Macht, die tatsächlich einen neuen Zustand geschaffen hat. Indem der Staatsgerichtshof unter dem Vorbehalt einer künftigen grundsätzlichen Entscheidung sich dieser Macht beugt, hat er der Idee des Rechtsstaates — die eine bürgerliche Idee ist! — einen schweren Stoß versetzt.

Macht hat verschiedene Erscheinungsformen, Machteinfluß kann in verschiedenen Formen erfolgen. Wie der Machteinfluß der gegenwärtigen Machthaber im Reich erfolgt ist, haben wir erlebt. Unser Machteinfluß dagegen ist anderer Natur. Er besteht in der Sammlung der Gegenkräfte gegen die Reaktion, in der Stärkung und Vereinheitlichung ihres Willens. Diesen Machteinfluß unterwerfen wir einer ersten Probe bei der Wahl vom 31. Juli!

Die Begründung des Spruches.

Dr. Bumke gab, wie bereits in einem großen Teil der Abendausgabe berichtet, für die Entscheidung des Staatsgerichtshofes folgende Begründung:

Es ist davon auszugehen, ob die antragstellenden abgelehnten preußischen Staatsminister befugt sind, in dem gegenwärtigen Verfahren das Land Preußen zu vertreten. Allerdings sind die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, in deren Namen die Klage geführt wird, ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Enthobung aber ist erfolgt in Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli. Um die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung handelt es sich in dem vorliegenden Verfahren. Es treffen deshalb dieselben Erwägungen zu, aus denen der Staatsgerichtshof in dem Streitverfahren wegen Eingemeindung in Westpreußen zu der Auffassung gelangt ist, daß die Rechtsporteiligkeit der Gemeinden für das Streitverfahren, in dem es sich um die Gültigkeit der auf dieselben verbindlich wirkenden Vorschriften handelt, hier fortbestehend zu gelten hat.

Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm erlassene einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, daß sie besonders nicht auf der Grundlage ergehen konnte, daß der Staatsgerichtshof sich dem Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen der streitenden Teile vorläufig zu eigen macht. Dem Wesen und der Bedeutung des Staatsgerichtshofes wird nicht entsprochen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Deutung zu einer Rechtsansicht bekennen möchte, die er nach gründlicher Erwägung bei der Entscheidung zur Hauptsache wieder aufheben muß. In diesem Standpunkt muß festgehalten werden. In diesem Rahmen ist es zulässig, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn diese Zwangsregelung eines einstweiligen Zustandes zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung ist ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis in den wechselseitigen Beziehungen bis zur Entscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zweckes der einstweiligen Verfügung erscheint es dem Staatsgerichtshof nicht angängig, die von dem Lande Preußen begehrte Verfügung entsprechend dem in der Verhandlung neuformulierten Antrag zu erlassen.

Der Präsident gibt dann noch einmal den Wortlaut dieser Neuformulierung bekannt, über die während der Verhandlung am Sonnabend berichtet wurde, und fährt dann fort:

Prüft man nun die Frage, ob die hier begehrte Regelung geeignet ist, die von den Antragstellern beklagten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, so führt die Prüfung des Staatsgerichtshofes zu dem Ergebnis, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist. Gerade eine solche Schreibung der Staatsgewalt würde nach Auffassung des Staatsgerichtshofes im besonderen Maße geeignet sein, eine Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen.

Unverantwortliche Irreführung.

Eine Erklärung der preußischen Staatsminister.

Die preußischen Staatsminister erklären zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes:

„Die verschiedentlich verbreitete unrichtige Meldung, daß Preußens Klage vom Staatsgerichtshof abgewiesen worden sei, bedeutet eine unverantwortliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Staatsgerichtshof hat zu der Rechtsfrage überhaupt noch keine Stellung genommen. Er hat nur einstweilige Anordnungen abgelehnt.

Auch in der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof hat die Reichsregierung keinen einzigen Fall einer Pflichtverletzung der preußischen Staatsminister auch nur behauptet, geschweige denn bewiesen. Die Reichsregierung hat sich gewiegt, irgendwelches Material für die Gründe ihres einzig dastehenden Vorgehens zu geben. Sie hat sich hinter der formalen Bestimmung des Gesetzes verschauelt, wonach ohne ihre Zustimmung erst nach Ablauf von 2 Wochen zur Sache verhandelt werden kann.

Aus diesem Grunde war der Staatsgerichtshof, wie die preußischen Minister anerkennen, nicht in der Lage, sofort zur Rechtsfrage irgendeine Stellung zu nehmen. Wenn der Staatsgerichtshof auch einstweilige Anordnungen abgelehnt hat, so geschah dies ebenfalls nicht aus dem Grunde, weil die preußische Staatsregierung nicht im Rechte wäre — denn sie ist im Rechte —, sondern weil der Staatsgerichtshof ihr vor Ablauf von 2 Wochen das Recht nicht zusprechen darf.

Die Verhandlung hat aber schon jetzt folgendes ergeben:

1. Der Reichszankler und die Reichskommissare nehmen nicht mehr das Recht für sich in Anspruch, sich als preußischer Ministerpräsident und preußische Staatsminister zu bezeichnen, wie sie es am Anfang wiederholt getan haben. Sie geben also ihr Unrecht in dieser Beziehung zu.

2. Daß die Einladung an die preußischen Minister Hirtfelder, Schreiber, Schmidt, Steiger, Grimme und Klepper vom Reichszankler zu einer preußischen Staatsministerial-sitzung unter der Bezeichnung als „preußischer Ministerpräsident“ erging, wird von der Reichsregierung jetzt als „Büro-lapsus“ bezeichnet.

3. Die bloße Tatsache, daß die preußischen Minister dieser unrichtigen Einladung nicht gefolgt sind, war der einzige ihnen für ihre Amisenshebung angegebene Grund.

Alle diese Umstände bekräftigen den Standpunkt des Staatsministeriums, daß die Ablehnung der preußischen Minister unzulässig, ungültig und ohne rechtliche Bedeutung ist. Alle hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechts, die sich bisher geäußert haben, darunter die Univer-

sitätsprofessoren Anshütz, Biele, Heller, Peters, Rothensüßer und Waldeker, haben gleichfalls ausgesprochen, daß hier eine Verfassungsvorlegung vorliegt.

Von seinem grundsätzlichen Standpunkt aus kann der Staatsgerichtshof daher diesen Anträgen nicht entsprechen. Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgendeinen Weg erkennen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuwehren, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen und ohne die Nachteile herauszubekommen, die nach der Auffassung des Staatsgerichtshofes und nach der Erklärung der Reichsregierung die Folge der Anträge der Antragsteller sein würden. Der Staatsgerichtshof vermag einen solchen Weg nicht zu sehen.

Der Staatsgerichtshof hatte dann die Anträge der Fraktionen des Zentrums und der SPD, des Preußischen Landtags zu prüfen. Dieser Antrag der Fraktionen läuft darauf hinaus, die Anordnungen, die in der Verordnung vom 20. Juli getroffen worden sind, in ihrem wesentlichen Teil zu läshen. Er läuft darauf hinaus, daß der Reichskommissar sich jeder Tätigkeit enthalten soll. Einen so weit gefassten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde aber gleichbedeutend sein mit einer Entscheidung in der Hauptsache. Er würde darauf hinauslaufen, einstweilig dahin zu erkennen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten ohne Kraft ist. Das aber ist mit dem Wesen einer einstweiligen Verfügung nach der Anschauung des Staatsgerichtshofes unvereinbar. Hiernach waren die Anträge zurückzuweisen.

Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außerstande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, wie dies auch in der Verhandlung wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, daß das Verfahren in der Hauptsache mit möglicher Beschleunigung durchgeführt wird. Der Staatsgerichtshof vertraut darauf, daß das Material, dessen er für diese Entscheidung bedarf, ihm mit der Beschleunigung zugeleitet wird, die der entstandenen Sachlage entspricht. Der Staatsgerichtshof verkennt aber auch nicht, daß auch bei dem besten Willen aller Beteiligten eine Entscheidung zu dieser Angelegenheit in der Hauptsache eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß. Wie lange der Zeitraum zu bemessen ist, so fuhr Präsident Dr. Bumke fort, vermag ich nicht zu sagen. Ich muß aber auf die Möglichkeit hindeuten, daß sich aus dem Schriftverkehr der Beteiligten mit dem Staatsgerichtshof die Notwendigkeit ergibt, bestrittene Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen und selbst Beweise zu erheben.

Ich hebe das ausdrücklich hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung in der Hauptsache nur eine Frage von Tagen sein könne. Das verwehrt sowohl die Art der Sache wie auch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die er gebunden ist. Nur eine mögliche Beschleunigung kann angestrebt werden und wird, wie ich hoffe, von allen Seiten angestrebt werden.

Durch die Ereignisse sind die preußischen Beamten in schwere Bewissenskämpfe verlegt worden. Die Staatsminister haben sich in ihrem eigenen Verhalt und in ihren Anträgen vor dem Staatsgerichtshof in besonderem Maße leiten lassen von dem Wunsch, die Beamten so schnell wie möglich aus diesen Bewissenskämpfen zu befreien. Da nach der Auffassung des Staatsgerichtshofes der Schwerebestand andauern muß, bitten die preußischen Staatsminister alle Beamten, auszuharren in treuer Pflichterfüllung zum Wohle des preußischen Staates.

Den Beamten, die zur Zeit an der Ausübung ihrer Dienstgeschäfte verhindert sind, sprechen die preußischen Staatsminister für ihre Pflichterfüllung und ihre lediglich vom Gedanken an das Wohl des Staates bestimmte Haltung ihren besonderen Dank aus. Sie betrachten es als ihre Pflicht, jegliches Unrecht nach Kräften von ihnen abzuwenden.

Aufgehobenes Zeitungsverbot.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ erscheint wieder.

Auf Beschwerde des „Volksfreund“ wegen des dreiwöchigen Verbots durch Minister Klagges hat das Reichsgericht das Verbot des „Volksfreund“ und seiner Kopfbücher mit dem 26. dieses Monats aufgehoben. Somit können die vier sozialdemokratischen Zeitungen des Landes Braunschweig ab Mittwoch wieder erscheinen.

Herr Klagges hatte das Verbot auf drei Wochen ausgesprochen, um die sozialdemokratische Presse in seinem Reichreich für den ganzen Wahlkampf mundtot zu machen. Der Urteilspruch des Reichsgerichts ist für Herrn Klagges eine schallende Ohrfeige.

Bayerische Volkspartei für Ausfühungsgezet zum Artikel 48. Die Bayerische Volkspartei kündigt den Entwurf eines Ausführungsgezetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung an. Sie werde dafür sorgen, daß der neue Reichstag diese Aufgabe so vorfinde, daß er sich ihrer nicht entziehen könne.

Der „Borcherts“ erscheint wochenttäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Seil“.

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf., Restspalte 2.— Pf., „Aleine Anzeigen“ das fettegedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettegedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf., Rabatt laut Tarif. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmacht Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 10 Pf. Anzeigenannahme im Druckgeschäft Lindenstraße 2, wochenttäglich von 9½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geheimer Anzeigen vor!

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schiff. Schriftf. G. Ringelshierz. Gemeindefachsbureau: J. Steiner; Neulichten: Herbert Lepner; Sozialen und Sanitären: Fein Karkabi, Anstalt: E. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag. Verlagsdirektor: Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Eiserne Front – trotz alledem!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Dienstag, den 26. Juli:

- 1. Kreis Mitte.** 19½ Uhr in den Germaniasälen, Chausseestr. 110, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Kurt Löwenstein, MdR.
- 2. Kreis Tiergarten.** 14 Uhr Frauentreffen im Moabiter Schützenhaus, Plötzensee, Nordufer 28. Frauensprechchor, Musik. Ansprache der Genossin Paula Kurgaß.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg und 5. Kreis Friedrichshain.** Öffentliche Kundgebung im Saalbau Friedrichshain am Friedrichshain. Ab 18 Uhr Konzert, ausgeführt vom Reichsbanner Friedrichshain, Tambour- und Bläserkorps, sowie Künstlern der freien Volksbühne. 20½ Uhr Ansprachen der Genossen Dr. Haubach und Kurt Heinig, MdR.
- 10. Kreis Zehlendorf.** 20 Uhr im Lindenpark, Zehlendorf-Mitte, Berliner-Ecke Gartenstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Genosse Bührig und Genossin Käthe Kern.
- 11. Kreis Schöneberg.** 19½ Uhr in der Aula der Hohenzollernschule, Schöneberg, Belziger Ecke Eisenacher Str. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Richard Mischler.
- 12. Kreis Sieglitz.** 19½ Uhr im Parkrestaurant Südende am Bahnhof Südende. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Richard Joachim.
- 17. Kreis Lichtenberg.** 19½ Uhr in der Aula Parkaue, Lichtenberg, An der Möllendorferstr. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Richard Lohmann.
- 60. Abt. Spandau.** 20 Uhr öffentliche Kundgebung in der Havelkronen, früher Brauereiausgang Pichelsdorf. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Hans Gottfurcht.
- 110. Abt. Grünau und 111. Abt. Bohndorf.** 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Gesellschaftshaus Grünau. „Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Hermann Harnisch, MdL.
- 150. Abt. Heinersdorf.** 20 Uhr im Heinersdorfer Krug öffentliche Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Heydemann, MdL.
- 158. Abt. Hornsdorf.** 19½ Uhr bei Lank, Berliner Str. 133, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Ulrich.
- 145. Abt. Waldmannslust.** 19½ Uhr im Bergschloß, Waldmannstraße, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Otto Friedländer.
- Charité.** 20 Uhr Kundgebung im Hamburger Hof, Untarbaumstr. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Julius Moses, MdR.
- Bezirksamt Mitte.** 16 Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Straße 40/41, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Otto Meier, MdL.
- Arbeitsamt Mitte und Landesarbeitsamt Brandenburg.** 16½ Uhr Kundgebung der Eisernen Front im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41. „Die kommenden Reichstagswahlen und ihre Bedeutung für die Arbeitnehmerschaft“. Referent Robert Breuer.
- Fa. S. Elster.** 16½ Uhr Kundgebung im Lokal „Zum musikalischen Fuchs“, Jostystr. 8. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse“. Referent Hans Marx.
- Schulheiß-Patzenhofer.** 16½ Uhr im Lokal Förster, Dreilundstraße 11, Eiserner-Front-Kundgebung. „Der Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Ernst Hildebrandt.
- Reichsdruckerlei.** 16 Uhr Versammlung in der Odd-Fellow-Loge, Alte Jakobstr. 128. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Alwin Brandes.
- Auerlicht, Fripuwerke, Baer & Stein, Stralauer Glashütte.** Gemeinsame Kundgebung 16½ Uhr, Stock, Warschauer Platz 12. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referentin Käthe Kern.
- Ferd. Schuchard A.-G.** 16 Uhr im Clubhaus, Ohmstr. 2, Kundgebung. „Nur durch Einheit zum Sieg“. Referent Franz Böhme.
- Siemens Kleinbauwerk.** 16 Uhr bei Lange, Siemensstadt, Nonnendammallee 88, Betriebsversammlung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referentin Anna Geyer.
- Gerson, Werderscher Markt.** 19½ Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Erich Kuttner, MdL.

Mittwoch, den 27. Juli:

- 18. Kreis Weißensee.** 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Schloßpavillon, Weißensee, Berliner Allee. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Siegfried Authäuser, MdR.
- 8. Abt. im Nationalhof, Bülowstr. 37.** 19½ Uhr öffentliche Kundgebung. „Kampf um den neuen Reichstag“. Referent Max Heydemann, MdL.

- 32., 33. und 34. Abt.** 20 Uhr öffentliche Kundgebung in der „Alten Taverne“, Alt-Straleu 22. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Karl Hetzschold.
- 62. Abt. Siemensstadt-Haselhorst.** 20 Uhr öffentliche Kundgebung in Weidners Festsälen, Sternfeld. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Karl Litke, MdR.
- 65. Abt. Staaken.** 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Sportpalast Staaken. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Stadtverordneter Rohde und Dr. Kurt Löwenstein, MdR.
- 85. Abt. Lichterfelde.** 19½ Uhr Wählerkundgebung in den Lichterfelder Festsälen, Lichterfelde, Zehlendorfer Str. 5. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Bernhard Göring und Luise Käthler, MdL.
- 84. Abt. Lankwitz.** 19½ Uhr Wählerkundgebung bei Lehmann, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Dr. Haubach.
- 101. Abt. Treptow.** 19½ Uhr im Viktoriagarten, Inh. Glöger, Am Treptower Park 25/26, öffentliche Wählerkundgebung. „Gegen faschistische Diktatur – für die Freiheit der Arbeiterklasse“. Referent Dr. Richard Mischler.
- 102. und 103. Abt. Cöpenick.** 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Restaurant Stadttheater Köpenick, Friedrichstr. 6. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Kurt Heinig, MdR. und Käthe Kern.
- 120. Abt. Friedrichsfelde.** 20 Uhr öffentliche Versammlung bei Tempel, Prinzenallee 45. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Otto Bach.
- 121. Abt. Karlshorst.** 20 Uhr öffentliche Versammlung im großen Saal des „Deutschen Hauses“, Karlshorst, am Bahnhof. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Richard Joachim.
- 129. Abt. Pankow.** 19½ Uhr öffentliche Kundgebung bei Lindner, Pankow, Breite Str. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Hermann Harnisch, MdL.

- 139. Abt. Tegel.** 19½ Uhr Kundgebung im Strandschloß, Uferstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referenten: Arthur Crispian, MdR., und Anna Geyer.
- 141. Abt. Rosenthal.** 19½ Uhr bei Manthey, Rosenthal, Hauptstraße, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Erich Kuttner, MdL.
- Siemens-Bahnhalle, -Blockwerk, -Autohalle.** 16 Uhr im Lokal Lange, Siemensstadt, Nonnendammallee 88, Betriebsversammlung. „Kampf um Freiheit und Recht“. Referent Robert Breuer. Betriebsausweis legitimiert.
- Siemens-Schaltwerk.** 16½ Uhr bei Vogel, Siemensstadt, Nonnendammallee 100. „Der Kampf um Freiheit und Recht“. Referent Dr. Otto Friedländer.
- Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband.** 15½ Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41, Invalidenversammlung mit Frauen. Referent Max Gillmeister.
- Bamag.** 16 Uhr Kundgebung bei Oehlschläger, Berlichingensstraße 5. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Gottlieb Reese.
- Arbeitsamt Ost.** 16½ Uhr Kundgebung bei Selpke, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Ecke Scharnweberstr. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Brintzer.
- Ludwig Löwe, Geflügel.** 16½ Uhr im Lokal Sturz, Huttenstr. 9, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse“. Referent Max Ulrich.
- Kundgebung der Eisernen Front für die Belegschaft der Firma Karstadt.** 19½ Uhr im oberen Saal von Kilems Festsäle, Hasenheide. „Unser Kampf gegen die nationalsozialistische Kapitalistenpartei“. Referent Genosse Oltersdorf vom Gesamtverband.

Sorgt für Massenbeteiligung!

Haussuchungen in Siedlung Britz. Erfolglose Waffensuche. – Feige Denunziation.

In den gestrigen Abendstunden stattete Kriminalpolizei in Begleitung von mehreren uniformierten Schutzpolizisten den Großsiedlung Britz einen Besuch ab, um hier auf Grund einer gemeinen Denunziation in den Wohnungen des Ortsvereinsvorsitzenden des Neuföllner Reichsbanners, Genossen Franz Gutschmidt, seines Schwiegerjohns Willi Konrad, der ebenfalls in der Partei und im Reichsbanner aktiv tätig ist, des technischen Leiters des Reichsbanners für Neufölln-Britz, Genossen Pagel und im Reichsbannerheim nach Waffen gelut. Die Wohnungen wurden vom Boden bis zum Keller durchsucht. Der Erfolg war selbstverständlich negativ. Die Beamten verhielten sich forrett.

Bei dieser vollkommen unberechtigten Haussuchung verdient ein Moment besonders festgehalten zu werden. Gutschmidts Schwiegerjohn, der Genosse Konrad, der sich, als die Polizei seine Wohnung umstellte, im Eisernen Haus, – das ist das Parteiheim – befand, begab sich sofort in seine Wohnung, damit die Haussuchung reibungslos durchgeführt werden konnte. Unter dem Arm trug er ein mittelgroßes Paket. Plötzlich nahte ein mit weißem Hemd und Knickerbockerns bekleidetes Individuum und machte den im Hausflur postierten Beamten darauf aufmerksam, daß Konrad ein Paket in die Wohnung geschleppt hätte. Sofort untersuchte der Beamte das Paket, das – Badesalz enthielt.

In der Großsiedlung hatte sich die gemeine Denunziantentat höchst schnell herumgesprochen, zumal auch das benachbarte Reichsbannerheim von der Polizei unter Beobachtung gehalten wurde. Ueberall wurde die Aufforderung: „Nun erst recht Fahnen heraus“ von Mund verbreitet und so bot gestern abend die Großsiedlung einen herrlichen Anblick. Ueberall grüßten die roten Freiheitsfahnen mit den drei Pfeilen und die Reichsfahnen. Rote Transparente weisen auf die Liste I der Sozialdemokratie hin und mahnen, sich in die Front der Anständigen einzureihen. Die wenigen Hakenkreuzfahnen werden von unseren Fahnen buchstäblich bedeckt. Besonders reichen Flaggenschmuck haben diesmal die Wohnungen in der Parkimer Allee und in der Frig-Reuter-Allee angelegt. Aber auch in den Nebenstraßen beherrschen wir das

Bild. Das war stets so in Britz und wird auch so bleiben. Auch in der benachbarten Ideal-Siedlung und im alten Britz haben die Genossen und Republikaner alles getan: drei Pfeile beherrschen das Straßenbild.

Nazis als Wohnungsfürmer.

Wohnung eines Reichsbannerführers demoliert

Obgleich die SA., wie der kürzlich erfolgte geradezu blamable „SA-Aufmarsch“ in Weihenfeer einwandfrei bewiesen hat, zahlenmäßig eine klägliche Stellung einnehmen, versuchen die Hitler-Banden bei jeder Gelegenheit die republikanische Bevölkerung zu provozieren. Gestern nachmittag ging die Freiheit der Hitler-Banden sogar soweit, daß sie einen regelrechten Angriff auf die Wohnung des technischen Leiters Fritz D. der Kameradschaft Weihenfeer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Buschallee in Weihenfeer verübten.

D. hatte von seinem Fenster aus beobachtet, wie zwei Nazis Plakate der Eisernen Front zerstörten. Der Reichsbannermann eilte nach unten und stellte die Burschen zur Rede. Die Hakenkreuzler wurden handgreiflich; sie kamen aber an den Unrechten und mußten den Rückzug antreten. Unter Drohungen liefen die Nazibengel davon. Schon wenige Minuten später rückte der Weihenfeer SA-Mordsturm vor dem Hause des Reichsbannermannes an. Die Nazibanden drangen in das Haus ein und versuchten durch Einschlagen der Wohnungstür in das Innere der Räume zu gelangen. Der technische Leiter des Reichsbanners machte von seinem Notwehrrecht keinen Gebrauch, sondern wartete die Ankunft der Polizei ab, die von Gefinnungsfreunden inzwischen alarmiert worden war. Die Schutzbeamten brachten die Wohnungsfürmer schnell zur Vernunft, und drei Haupttrafester wurden festgenommen. Zur Klärung des skandalösen Vorfalls mußte auch Kamerad D. die Fahrt zum Polizeipräsidium mitmachen.

Die Naziprozessionen nehmen von Tag zu Tag schlimmere Formen an. Wenn diesen Streichen irgend etwas nicht paßt, alarmieren sie ihren „Sturm“, um ihren Gefühlen „Ausdruck“ zu verleihen.



Die Leistung gilt den Ausschlag

für die Beliebtheit der Juno!

Nur was in ihr steckt,

die Frische ihrer köstlichen Tabake und ihr volles Format, schätzen die Kenner!

Weil den Packungen der

JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine oder Stickerien beigegeben sind, gewährleisten wir

die beste Qualität jeder Juno Cigarette!



Schüsse in der Naunynstraße.

Eine unbeteiligte Frau durch Kopfschuß niedergestreckt.

Im Osten der Stadt, in der Naunynstraße, sammelten sich gestern Abend vor dem Rajlokaf, an dem in den Abendstunden eine große Hakenkreuzfahne gehißt wurde, Hunderte von Kommunisten an. Ein Ueberfallkommando griff ein, um die Demonstranten zu zerstreuen. Dabei soll, wie die Polizei erklärt, aus den Häusern Naunynstraße 20 bis 28 auf die Schupo-Beamten aus den Fenstern geschossen worden sein. Die Beamten schossen gleichfalls scharf und durch eine Kugel wurde eine Frau, die im Hause Naunynstraße 25 wohnt und aus Neugierde am Fenster stand, in den Kopf getroffen. Schwerverletzt wurde das unschuldige Opfer ins Krankenhaus gebracht.

In der Stralauer Straße kam es gestern Abend zu einer Straßenkollision zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Kommunist wurde durch einen tiefen Messerstoß in den Hinterkopf erheblich verletzt. Mehrere an der Schlägerlei Beteiligte erlitten leichte Verletzungen. Von der Polizei wurde dem Handgemenge ein Ende bereitet und zehn Mann festgenommen. Es handelt sich um fünf Hakenkreuzler, einen Kommunisten und vier Parteilose.

Zwischenfall bei einer Demonstration.

Waffengebrauch der Polizei. — Demonstrant schwer verletzt.

Im Norden und Osten der Stadt versuchten gestern Abend größere Kommunistengruppen zu demonstrieren. In einem Falle, an der Ecke der Storgarder und der Senefelderstraße, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Kommunist, dessen Personalien bisher noch nicht feststehen, wurde durch einen schweren Bauchschuß niedergestreckt. Der Verletzte fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Der blutige Zwischenfall soll dadurch entstanden sein, daß einige Beteiligte des etwa 1000 Mann starken kommunistischen Demonstrationenzuges gegen die Mannschaft eines Polizeiautos tätlich vorgehen. Die Schupo schoß zuerst in die Luft und gab dann mehrere scharfe Schüsse ab. Nach der Schierelei löste sich die Menge von selbst auf.

Fast zur gleichen Zeit hatte sich in der Koppen- und der Tallfadenstraße ein kommunistischer Demonstrationenzug von 300 Teilnehmern gebildet. Die Menge wurde von der Polizei zerstreut. Es erfolgten drei Festnahmen.

Gefängnis für Bettelverteiler.

Erste Urteile auf Grund des Ausnahmezustandes.

Von den nahezu 200 Kommunisten, die in den letzten Tagen wegen Verteilens von Flugblättern mit der Aufforderung zum Generalstreik festgenommen wurden, hatten sich vor dem Schnellgericht die beiden ersten, die Erwerbslosen Kurt Krüger und Karl Schreiber, zu verantworten.

Die beiden Angeklagten waren am 22. Juli, also einen Tag nach der Verordnung des Militärbefehlshabers von Rundstedt gegen den Generalstreik, beim Verteilen von Flugblättern festgenommen worden. Das Gericht erkannte gegen beide Angeklagte gemäß dem Antrag des Staatsanwalts auf eine Gefängnisstrafe von je einem Monat.

Todessturz eines Gerüstarbeiters.

Beim Abbau eines Gerüsts von der Fassade des Hauses Friedrichsgracht 27 ereignete sich gestern gegen 15 Uhr ein tödlicher Unfall. In der Höhe des zweiten Stockwerkes war der 30jährige Gerüstbauer Hans Kowall aus der Cauerstr. 25 in Charlottenburg an einem Fenster mit dem Lösen der Querverbindung beschäftigt. Plötzlich verlor K. den Halt und stürzte kopfüber auf die Straße hinab. Der Verunglückte wurde mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen durch die Feuerwehr in die Charité gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Typographia: Hierdurch werden alle Sänger gebeten, zu der Gedenkfeier des Vorstandesmitgliedes Hermann Buhies am Donnerstag 17½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße pünktlich zu erscheinen.

Fahnen der Freiheit voran!

Berlin im Flaggenkrieg. — Schlagt das Hungerkreuz!

„Die Wahl ist geheim!“ Aber du kannst deinen Stimmzettel zum Fenster heraushängen. Denn du bist Kämpfer für die Freiheit! Freiheitsfahnen heraus!

So mahnte die Eiserner Front, so stand es im „Vorwärts“, und dieser Appell an Freiheitsgeist und Befonnenheit hat ein vieltausendfaches Echo gefunden. Schon bei den Wahlen vom 13. März, vom 10. April und vom 24. April stand Berlin unter dem Zeichen des „Flaggenkampfes“. Wir haben die Methoden geübt, mit denen die Nationalsozialisten für bares Geld Gefinnungen zu erkaufen versuchten. Diese Kampfart ist gewiß nicht immer ohne äußeren Erfolg geblieben. Aber eine Fahrt gerade durch die Wohnstraßen der Proletariatsviertel zeigt, wo diese Saat des Unkrauts nicht gedeihen kann und wo die Menschen gegen das Gift des Gefinnungskaufes immun sind. Darüber hinaus ist es besonders vom soziologischen Standpunkte aus interessant, festzustellen, in welchen Bezirken der Stadt sich die Nazis zeigen und wo sie abgewimmelt wurden.

Der verwehte Südwesten.

Wenn man vom „Vorwärts“-Haus in der Lindenstraße in die Nordstraße einbiegt und dann durch Schöneberg fährt, nachdem man vorher einen kleinen Abstecher durch die Snelienaustraße nach der Hafenscheide zu gemacht hat, kommt man zu der Feststellung: hier haben zum mindesten in den Vorderhäusern die Nationalsozialisten die Ueberhand. Hier wohnt der Mittelstand, der schon immer zu allzu großem Teile nicht über eine weltanschaulich begründete politische Ueberzeugung verfügte und deshalb ein willkommenes und willfähriges Opfer für das verlogene Phrasentum der Hitler-Partei ist. Aber auch in dieser Hakenkreuzverwehten Gegend lassen sich die Kämpfer der Freiheit nicht klein kriegen. Immer wieder sieht man die Fahnen der Freiheit, und gegenüber dem Bahnhof Großgörschenstraße prangt an einem Hause ein riesiges Transparent, das von der schwarzrotgoldenen und der roten Freiheitsfahne umrahmt ist und die Worte trägt: **Wir wählen Liste 1 Sozialdemokraten.** Es ist vielleicht bezeichnend, daß sich gerade in diesen Gegenden sehr viele S.A.-Kafernen befinden und daß hier die Gefahr, von braunen Knobds angefallen zu werden, außerordentlich groß ist.

Der „fille, vornehme“ Westen.

Je mehr man nach dem neuen Westen kommt, um so weniger spürt man vom Kampf der Flaggen und Symbole. Daß die ausgesprochenen Geschäftsstraßen ausfallen, ist nur natürlich. Aber auch in den Wohnstraßen ist es recht still und friedlich. Ab und an eine Fahne, dann wieder eine ziemlich kleine, dann eine ganz breite Etage mit Hakenkreuzfahnen, vielleicht aus einem Untermieterzimmer das Zeichen der Republik oder die drei Pfeile der Freiheit. Hier tritt der Unterschied zwischen Vorderhaus und Hinterhaus noch besonders deutlich in Erscheinung: die Menschen, die am 31. Juli ihre Stimme für die Freiheit, für die Liste 1 Sozialdemokraten abgegeben werden, wohnen nach hinten heraus. Seltsam berührt es, daß auch hier wie anderswo die schwarzweißrote Fahne fast vollkommen weggefallen ist.

Ueber Noabit nach dem Wedding.

Die Fahrt nach Noabit zu bringt zuerst ein Bild, das dem Westen ähnelt: auch im Hansaviertel beispielsweise herrscht ziemlich stille im Kampf!

Das ganze Bild ändert sich mit einem Schlage, wenn man dann zum Wedding herüberkommt. Rote Freiheitsfahnen, Schwarzrotgold, Schwarzrotgold mit drei Pfeilen, wieder die Freiheitsfahne, zwischendurch kommunistische Sowjetfahnen, die in einzelnen Straßen sogar stark vertreten sind, aber nahezu verschwunden, manchmal ganze Straßen lang überhaupt nicht, dann wieder ganz vereinzelt zu erblicken ist das Zeichen der Freiheit: die Hakenkreuzfahne. In der Butte in der Straße ein großes Transparent: **„Wählt Liste 1“** über die ganze Breite hinweg. Und immer wieder rot.

schwarzrotgold, drei Pfeile. Ein einziger Triumph des Freiheitsgedankens, ein einziger Appell zum 31. Juli und eine einzige vernichtende Ueberführung der nationalsozialistischen Arbeiterverräter: An Berlins Arbeiterviertel kommt ihr nicht heran.

Der rote Osten.

Es geht weiter vom Wedding über den Gefugbrunnen, der Danziger Straße zu und dann rund herum durch das Viertel am Schlesiens Bahnhof. Hier gibt es, wenn man von ganz wenigen Einzelercheinungen absteht, nur zwei Fahnen, die miteinander im Ringen liegen. Die Fahne der Freiheit und die Fahne der Sowjets. Es ist schwer, zu sagen, wer von beiden obsiegt. In der Lange Straße zeigt die eine Straßenseite beinahe Wohnung an Wohnung die drei Pfeile der Freiheit. In anderen Straßen wieder hat das kommunistische Zeichen eine schwache Uebermacht. Aber wo ist denn das Hakenkreuz geblieben, das im alten Westen so prächtig war? Es ist weg, es ist verschwunden, es ist wie ausgelöscht. Diese „Arbeiterpartei“ hat in Arbeitervierteln nichts zu suchen.

Neukölln wählt Liste 1.

Die Fahrt herüber nach Neukölln ist eine Bestätigung, vielleicht sogar noch eine Bekräftigung des erhebenden Eindrucks, den Friedrichshain und Wedding bieten. Hier stehen ganze Straßen unter dem Zeichen der roten Freiheitsfahne, hier ist manchmal Fenster an Fenster besetzt. Die Beyerstraße, die Hübnerstraße, die Finowstraße, die Reuterstraße ein einziges Meer von Rot und Schwarzrotgold! Wie ein Symbol wirkt es, wenn man an einem Kebabstand vorbeikommt, das im Hinteren gelesene ist. Da haben sich, bewacht von den gekauften Söldlingen des Kapitals, die Hitler-Banden herausgewagt. Aber in den Wohnungen darüber zeigen sich stolz und sieghaft die Fahnen der Republik, die Fahnen der Eisernen Front.

Eine bezeichnende Episode zum Schluß: Ein Flugblattverteiler der Sozialdemokratie, ein alter Feldsoldat des Weltkrieges, ist in Neukölln von Nazikillern als Landesverräter beschimpft worden. Diese Gemeinheit ist durch hektographierte Flugzettel in der Nachbarschaft bekanntgemacht worden. Was war die Folge? Die Anwohner kamen um Freiheitsfahnen zu bestellen, und obwohl sie nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören, zeichneten sie sich für unser Freiheitsopfer ein. Gemeinheit und Lüge strafen sich eben selbst.

Berlins Arbeiterschaft führt den Wahlkampf im Zeichen der Freiheit. Sie wird mit der Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegen!

Kampfmethoden der SA.

Mit wie niederträchtigen Mitteln die SA-Trupps arbeiten, beweist ein Vorfall, der sich in diesen Tagen in der Raxerwaldstraße, Ecke Snelienaustraße, abspielte.

Ein junger Arbeiter, der seine kranke Mutter besucht hatte, befand sich bei einbrechender Dunkelheit auf dem Heimwege. Eine Gruppe von etwa sechs Menschen in Zivil kam ihm entgegen und grüßte ihn mit dem Rufe: „Rot Front!“ Der Arbeiter, der politisch nicht organisiert ist, aber mit den Kommunisten sympathisiert, antwortete mit dem gleichen Gruße. Darauf schlugen die sechs unter Rufen wie: „So einer bist du!“ auf ihn ein. Angelehrt der Uebermacht ergriff der Ueberfallene, der unter anderem einen heftigen Hieb gegen das Kinn erhielt, die Flucht. Es ist einwandfrei festgestellt, daß es sich bei den Tätern um S.A.-Leute aus den umliegenden Heimen handelt. Gemeinere Kampfmethoden sind wohl nicht mehr auszudenken.

Hier Zeit hängt seinen Mantel nach dem Winde. Wie uns aus unserem Bekretze mitgeteilt wird, ist das Lokal des Birtes Zeit, Kopenhagener Straße 17, inzwischen zu einem Rajlokaf geworden. Kämpfer der „Eisernen Front“ trinken ihr Bier anderwärts.



Oskar Wöhler **San Hus.** Der letzte Tag

In Gedanken daran grinst Ammon Weikl voll Hum, als er dem Ohnmachtsmann am Pfahl den schweren Sack um den Hals hängt. Dem wird der Kopf niedergeschnitten von dem unerwarteten Gewicht, und die mit teuflischen Fragen bemalte Kepermütze fällt vornüber über den Holzstoß, gradaus vor die Füße des Rottenhauptmanns Räs, der eben vorbei will, um dem Pfalzgrafen Ludwig die volle Ordnung seines Hausens zu meiden. Räs hält mit aufgehobenem Fuß inne, wie aus Angst, in einen stinkenden Unfall zu treten. Dann aber, den Elensschuh zurückgesetzt, wieder in sicherem Stand, mit beiden Sohlen auf dem Boden des Brühls, nimmt er einem den Spieß aus den Händen, gabelt damit die Insel auf, reicht sie solcherart dem Henker hin und schreit dabei Hus an: „Auf daß sie mit den Teufeln verbrannt werde, denen du gedient hast, du Cheherchab!“

Ammon Weikl nimmt die Mühe mit spizen Fingern vom Spieß (er muß behutsam umgehen mit ihr; denn sie ist ja Papier und nicht etwa Fleisch!) und legt sie dem Böhmen aufs Haar, das durch und durch der helle Schweiß feuchtet. Hus vergißt seine Bangigkeit und lächelt.

Er hat zwar den zornigen Jurus des Hauptmanns nur zur Hälfte begriffen, doch er ist eritaunt und verwundert über die ameisige Eile, mit der sein Gehirn, Knapp einen Atemzug vom Tod, die neue, bisher nie gehörte Kolabel „Chab“ aufnimmt und sie sich einprägt derart gründlich, als ob es dieses Wort für Ewigkeiten behalten müsse. Die Lateinschule fällt ihm ein. Zwölf Jahre Zucht unterm Batel verleugnen sich eben nicht, nicht einmal auf dem Scheiterhaufen. Wie recht hatte doch Jeronym mit seiner scherzhaften Disputationstheorie, der Mensch sei weiter nichts als eine Klassifikationsbestie!

Doch Husens Lächeln hat noch andern Grund. Das wütende, miltönige, sich überstürzende Falsett des Hauptmanns hat ihn die Augen aufschlagen lassen, und da sieht er nun vom Holzstoß hinunter in ein Gesicht, das ohne

Lachen überhaupt nicht zu ertragen ist. Aus Eisenkappe und Kettenkrause leuchtet es bleich und mondig heraus. Von Gesicht keine Rede; diese Hauptmannsresse ist nur ein wortprogender Hinterer.

Das Lächeln des Bequälten durchschneidet wie ein Segler die anbrandenden Wellen der Vergangenheit.

Wo, denkt er, habe ich dies Gesicht jemals im Leben gesehen?

Die nächste Sekunde schon bringt ihm die Antwort.

Das unruhige Gemur und Gerurr der um die Richtstätte verammelten Masse schwemmt ihn nach Böhmen zurück. Die letzten Jahre ziehen vorbei wie ein hoher, zerklüfteter Kreidebord. Und als die Erinnerung ihn ans Ufer wirft, ist er in Prag, mitten drin in der Aula der Universität zur Zeit des Nationenstreits. Da sind sie tobend aufgestanden wider ihn, diese Gesichter. Was ihnen an Gründen abging, haben sie durch Geschrei erjeht. Nachher mit List. Als er schon glaubte, den Sieg in Händen zu haben, hat ihn der König getäubt mit dem Spruch: „Du mit deinem Genossen Jeronym machst mir fortwährend Wirren; wenn diesenigen, deren Amt es ist, nicht vorkehren, werde ich euch für den Scheiterhaufen sorgen!“ Ja, nun brennt es, dies Feuer! Nicht von Wenzel angezündet, dem gekrönten Säuser, aber doch von diesen Bestähtern, die mit ihrer Ueberzahl die Welt füllen, und die ihm nicht vergessen können, daß er ewig und immer ihr Widerpart war. Nun sind diese runden Zweckgesichter über ihn Meister geworden; denn sie sitzen in der Mitte der Welt und an der Welt Rande. Sie sitzen überall. Wo die Welt ein Amt hat, sitzen sie. Sie werden noch sein und herrschen, wenn er längst nicht mehr ist...

Das Hauptmannsgesicht meldet sich nochmals: „Umdrehen den Chab! Ein Keher, der auf der Scheiter steht, hat sein vermaldebeltes Gefähr gegen den Niedergang der Sonne zu kehren, nicht gegen den Aufgang!“

Der Henker unterbricht einen Augenblick seine Hantierung und schaut wie fragend den Stadtvoigt an. Der nicht bejahend, und die drei farbigen Federbüsche seines Helmes wippen bestätigend mit.

Auch andere Stimmen mischen sich ein.

„Ja, dreh ihm die Frage gegen Niedergang!“

Wie ein Hund vor den Steinen drückt sich Am von Weikl vor den Jurusen und sieht das Gesicht ein. Erade um den Aufenthalt, aber es geht nicht anders. Schnell willfahrt er, macht die Halskette locker und schiebt sein Opfer mit harten Kniebögen an die andere Seite des Pfahls.

Die an den Pfahl gefesselten Hände gehen nicht rasch genug mit. Das Knacken der gequälten Knochen ist bis in die hinterste Reihe des Ringes zu hören. Glender Schmerz!

Hus begreift. Er ist nicht mehr in Prag, an der Stätte seiner Kämpfe und seiner Triumphe, sondern in Konstanz an seiner Bestatt. All die da unten, deren gierige Augen ihn verschlingen, sind nicht Zeugen seines Siegs über Böswillige, Reider und Widerlacher, nein, sie sind Zeugen seiner Niederlage, seines schmachlichen Todes.

Die Biston dieser Nacht hat doch recht behalten. Eine unbekannte Macht hat ihn festgekeilt an der Schachtafel des Lebens, eine grauenvolle Hand hat ihn an den Mattplatz gestellt.

„Jesu Christe, fili Dei vivi, qui passus es pro nobis, miserere mei!“

Immer wieder murmeln es seine blaue gewordenen Lippen, aus denen alles Blut wich. Doch seine Gedanken irren von neuem ab zu dem Schachspiel, als das ihm sein Leben gegolten.

Er hat gemeint und war stolz darauf, Herr der gefesselten vierundsechzig Felder zu sein, Blindspieler an mehreren Brettern, Führer der angreifenden vorwärtsdrängenden weißen Steine. Aber die Zweifel beschrein und umschwirmen ihn wie Raben. Ist er wirklich der Leiter und Anreger gewesen, Herr seiner Züge? War er vielleicht letzten Endes doch weiter nichts als ein vorgeschobener, gesandener Stein? Sturmbock, den überlegene und überlegene Kräfte zum Angriff benutzten? Den sie fallen stehen wider alle Regeln, als es hart auf hart ging?

Es läßt sich nicht leugnen: er hat gerne Schach gespielt. Sein ganzes Leben, soweit er sich dessen bewußt ist, war glatt ein Schachzettel. Dem König hat er gedient und der alle Felder beherrschenden Dame. Der Stolz der Türme hat er die widerstrebenden Bauernlinien geöffnet. Die diplomatischen Läufer hat er an die wirkfamsten Plätze gestellt. Die Springer, unter denen Jeronym sein glänzendster war, tummelten sich in immer kühnerer, verwegenerer Gangart. Seine größte Liebe und seine subtilste Kunst aber wandte er an die Führung der Bauern. Sie, die mindesten und verachteten Figuren im Brett, hat er allmählich zu den wirkfamsten gemacht. Wer widersteht noch ihrer geschlossenen Linie? Doch zu welchem Zweck dies alles? Daß es in hohen und Spott verliedre auf brennender Scheiter?

„Jesu Christe, fili Dei vivi, qui passus es pro nobis, miserere mei!“ (Fortsetzung folgt.)

Rote Falken am Uebersee.

760 Proletarierkinder in freier Hut.

In der Nähe von Eberswalde, am schönen Uebersee, haben die Berliner Kinderfreunde ihr diesjähriges Zeltlager errichtet. 760 Kinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren tummeln sich hier, Jungfalken und rote Falken, und verbringen ihre Ferien im Freien, in Luft, Licht und Sonne, in froher Kameradschaft und Gemeinschaft.

Ein Gelände von 25 Morgen wurde von arbeitslosen Genossen als fleißigen Helfern bereits sechs Wochen vorher instandgesetzt. Denn zu einem Zeltlager, in dem fast tausend Menschen ein paar Wochen zusammen leben wollen, gehört mehr Arbeit als nur die Zelte aufzubauen. Zeltaufbau ist die letzte Arbeit. Aber vorher schon wurde ein Brunnen gebaut, auf diesem Gelände eine besonders schwierige Arbeit, 47 Meter tief mußte gegraben werden, ehe man auf trinkfähiges Wasser stieß. Eine elektrische Pumpe fördert jetzt in der Stunde zehn- bis zwölftausend Liter Wasser; an der Wäsch- und Brauseanlage können sich 250 Kinder zu gleicher Zeit waschen. Stabile Verwaltungs- und Küchengebäude aus Holz wurden errichtet, ein „Stadion“ mit großer Wähe zuletzt noch fertiggestellt, die Zelte aufgebaut — und dann nahmen die Kinder das Lager in Besitz. „Spielen ist wohl eure einzige Beschäftigung jetzt?“ fragte man eine Gruppe Falken. „Denkste“ tönt es prompt zurück. „Wir müssen alle abwechselnd mal Küchen- dienst machen, Essen austragen, Geschirr spülen. Na, und Wäsche halten müssen wir auch!“ Müßen? Sie drängen sich zum Wochestehen.

Jetzt ertönt ein Signal, und die ganze Gesellschaft stürzt mit einem Indianergescheul auf und davon zum Essenholen. Im Umsehen werden die Bänke besetzt, und etwa 250 Kinder — es wird in drei Clappen gegessen — entwickeln einen Appetit, daß man sich staunend in die Küche begibt, um zu sehen, wo und wie die Riesenportionen hergestellt werden. 1000 Liter Mittagessen werden täglich gebraucht. Zwei große Kessel und zwei Gulaschkanonen sind in Betrieb. Am Sonntag gab es Rubeln mit Huhn. Hühner im Gesamtgewicht von 1 1/2 Zentner haben dazu ihr Leben lassen müssen. Die Qualität entspricht aber der Quantität durchaus. Das Essen ist ausgezeichnet und die Kinder hauen ein wie die jungen Wölfe. Morgens gibt es Kakao oder Kaffee, Butter- oder Marmeladestücken, abends Milch mit Butter- und Wurststücken, oft auch Obst. Auf etwa dreißig vollbesetzte Lastwagen kamen am letzten Sonntag die Eltern aus Berlin zu Besuch, die jubelnd von den Falken in Empfang genommen und mit Stolz durch das Lager geführt wurden. Als sie abends nach Hause fuhren, hatten sie alle das Bewußtsein: Unsere Kinder sind in guter Obhut. Hier wächst in sozialistischer Erziehungsgemeinschaft ein neues Geschlecht heran, das unsern Kampf um die Freiheit einmal erfolgreich zu Ende führen wird.

Freundschaft!

Nazis stören weiter.

Flaggenräuber festgenommen. — Hinterhältiger Ueberfall.

Die Hakenkreuzler kümmern sich recht wenig um den Ausnahmezustand und ihr Terror geht unvermindert weiter. Aus allen Stadtteilen werden wieder Uebergriffe nationalsozialistischer Wegelagerer auf Republikaner gemeldet.

In der Fürst-Hohenlohe-Straße in Dallwitz bei Hoppegarten rissen am Sonntagabend sieben uniformierte SA-Leute mit einem Lasso zwei Freiheitsfahnen von den Fenstern herunter. Passanten hatten den Vorfall beobachtet und es gelang ihnen, zwei Mann der Flaggenräuberkolonnen solange festzuhalten, bis Polizeibeamte zur Stelle waren.

Bei dem Plagfanzerei der Reichswehr in Dichterfelde-Ost wurde am Sonntag ein Parteigenosse, der das Freiheitszeichen an seinem Rockaufschlag trug, von uniformierten SA-Leuten überfallen und geschlagen. Die Banditen stahlen dem Genossen das Abzeichen und tauchten nach dem feigen Ueberfall in der Menge wieder unter. Später wurde der Haupttäter von der Polizei festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert.

An der Kant-Edel-Leibnizstraße wurde gestern Abend Reichsbannermann Fritz K., als er ein Kino verließ, von mehreren uniformierten SA-Leuten angefallen und zu Boden geschlagen. Auf den Mehrlosen traten die röhren Patronen mit Stiefelabsätzen ein. Polizeibeamte versuchten die Täter ausfindig zu machen, die Durchsuchung mehrerer SA-Kasernen verlief jedoch ergebnislos. Der Reichsbannerkamerad hat schwere Gesichtsverletzungen erlitten.

Auf der Freiarbeiterstraße wurden am Sonntag von Polizeibeamten fünf Salzsteueroldaten festgenommen, da die Polizei Waffen bei ihnen vermutete. Tatsächlich wurde bei einem Uniformierten eine Raufserpistole mit 8 Schuß und bei seinem Kumpanen Schlaginstrumente gefunden.

In den Abendstunden des Sonnabends wurden von der Politischen Polizei sechs kommunistische Verkehrslotale nach Waffen durchsucht. Bis auf einen Fall, wo zwei Pistolen und einige Handwaffen beschlagnahmt wurden, verlief die Aktion ergebnislos.

Nazis als Salzsteuer-Polizisten.

In der Berliner Straße in Charlottenburg leisteten sich mehrere uniformierte SA-Leute ein tolles Stück. Die Burschen machten sich Polizeibefugnisse an und durchsuchten die Taschen mehrerer Passanten, die des Weges kamen. Schließlich kamen die Salzsteuer-Polizisten an den Unrechten und herbeigerufene Schupo brachte die Wegelagerer ins Polizeipräsidium.

Der Gang zum Wohlfahrtsamt.

Wichtige Fingerzeige für alle Hilfsbedürftigen / Erwerbslose für Liste 1

In der heutigen schweren Notzeit kommen immer mehr Menschen in die Lage, eine Wohlfahrtsunterstützung beantragen zu müssen, die früher nicht im Traume daran gedacht hätten. Bevor jemand den gewiß nicht leichten Gang zum Wohlfahrtsamt geht, sollte er sich die notwendigen Aufklärungen verschaffen, damit ihm unnötige Wege und unnütziges Warten erspart bleiben.

Jedem der zwanzig Bezirksämter der Stadt Berlin ist ein Wohlfahrtsamt angegliedert. In diesen Wohlfahrtsämtern werden die bedürftigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Sozialrentner, Kleinrentner und ihnen Gleichgestellten und in einer besonderen Abteilung Erwerbslose unterstützt, die in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge ausgesteuert sind.

Voraussetzung für jede Unterstützung ist Hilfsbedürftigkeit. Hilfsbedürftig ist nach den gültigen Bestimmungen, „wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln schaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält“. Gegenseitig unterhaltspflichtig sind Verwandte in gerader auf- und absteigender Linie. So sind Eltern gegenüber ihren Kindern (ohne Rücksicht auf das Alter). So ist z. B. ein sechzigjähriger Vater gegenüber seinem vierzigjährigen Sohn oder Tochter unterhaltspflichtig, und Kinder gegenüber ihren Eltern unterhaltspflichtig. Auch sind Großeltern gegenüber ihren Enkeln und umgekehrt Enkel gegenüber ihren Großeltern unterhaltspflichtig. Dagegen sind Geschwister gegenseitig nicht unterhaltspflichtig, ebenso auch nicht ein Schwiegerohn gegenüber seinen Schwiegereltern (es sei denn, daß seine Frau, die Tochter der Schwiegereltern, ein eigenes Einkommen hat). Leben diese zuletzt genannten Personen aber im gemeinsamen Haushalt mit dem Hilfsbedürftigen, so wird eine sogenannte Notgemeinschaft angenommen, d. h. die verdienenden Familienmitglieder müssen für die Hilfsbedürftige verwandte Person mitfordern.

Wie stelle ich einen Unterstützungsantrag?

Will jemand einen Unterstützungsantrag stellen, so suche er das zuständige Wohlfahrtsamt auf, aber nur an den Sprechtagen, die in ganz Berlin an jedem Montag, Mittwoch und Freitag eingerichtet sind. Im Interesse eines jeden liegt es, möglichst frühzeitig zu kommen. (Dienstbeginn im Sommerhalbjahr um 1/8 Uhr, im Winter um 8 Uhr.) Die Abfertigung erfolgt in der Reihenfolge der ausgegebenen Nummern. Nach 11 1/2 Uhr werden keine Nummern mehr ausgegeben.

Oft müssen die Arbeitslosen stundenlang warten. Dabei wird jeder leicht ungeduldig. Jeder sollte aber auch bedenken, daß die

Beamten und Angestellten gerade in den Wohlfahrtsämtern in der heutigen Zeit überaus angestrengt arbeiten müssen, um den Andrang zu bewältigen. Die Bezahlung ist bei den Angestellten keine glänzende. Sie werden oft nur zeitweise beschäftigt, waren früher meist selbst arbeitslos und erhalten oft nicht viel über 100 M. im Monat. Das sollten die Antragsteller bedenken und nicht glauben, daß ein Wohlfahrtsangestellter sich in einer besonders guten wirtschaftlichen Lage befindet. Wenn diese Tatsachen mehr bei den Hilfsbedürftigen bekannt wären, so würden sich viele unliebsame Szenen in den Wohlfahrtsämtern vermeiden lassen.

An den geschlossenen Tagen, also am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, werden nur dringende Angelegenheiten, wie Krankheitsfälle und Beerdigungen, erledigt. An den geschlossenen Tagen werden die Anträge des Vortrages bearbeitet.

Ausweispapiere nicht vergessen!

Kommt jemand zum ersten Male zum Wohlfahrtsamt (Die notwendigen Ausweispapiere wie: Invaliden- oder Angestelltenverpflichtungskarte, Stempelpapier, Aussteuerungsbefehl des Arbeitsamts usw. sind mitzubringen), so wird ihm ein sogenannter Antragsbogen A und ein Formular für die polizeiliche Aufenthaltsmeldung in die Hand gedrückt. Diese Formulare hat jeder zu Hause nach bestem Wissen auszufüllen, die polizeiliche Meldung ist von dem zuständigen Polizeiamt zu beglaubigen. Früher wurden diese Formulare von den Beamten der Wohlfahrtsämter nach Befragen der Antragsteller ausgefüllt. Dies ist aber jetzt bei der Arbeitshäufung nicht mehr möglich. Man nimmt an, daß jeder Berliner intelligent genug ist, die Antragsformulare selbst auszufüllen. Auch sollen alle späteren Anträge von den Antragstellern schriftlich gestellt werden und in den Rathausbriefkasten geworfen werden, ohne im Wohlfahrtsamt persönlich vorzusprechen. In jedem Falle ergeht alsdann ein schriftlicher Bescheid. Dauernde persönliche Nachfragen sind zwecklos und verzögern nur die Bearbeitung.

Mit dem ausgefüllten Fragebogen muß der Antragsteller am nächsten Sprechtag wieder vorsprechen. Der Antragsbogen wird alsdann im Beisein des Antragstellers von dem zuständigen Beamten durchgesehen und wenn nötig ergänzt. Es wird ihm mitgeteilt, wann er einen Bescheid erwarten kann. Die Anträge werden alsdann geprüft und die wirtschaftliche Lage des Antragstellers untersucht. Dies geschieht entweder durch angestellte amtliche Prüfer oder bei Sonderanträgen (gewöhnlich bei Anträgen auf Mietunterstützung, Bekleidung und anderem) durch ehrenamtlich tätige Pfleger. Ueber die Sonderanträge wird in den Wohlfahrtskommissionen entschieden, die alle 14 Tage oder nur einmal im Monat tagen. In eiligen Fällen kann durch den Wohlfahrtsvorsteher und durch den zuständigen Pfleger ein „Dringlichkeitsbescheid“ gefaßt werden. Der Wohlfahrtsvorsteher kann in dringenden, ihm bekannten und vom Pfleger empfohlenen Fällen eine kleine einmalige Unterstützung aus dem Handfonds auszahlen. Hierbei ist zu bemerken, daß die gesamte Arbeit in den Wohlfahrtskommissionen ehrenamtlich geleistet wird. Die Wohlfahrtspfleger müssen, oft vergeblich, treppauf, treppab steigen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller zu prüfen. Diese sollten im eigenen Interesse alles tun, um durch bereitwillige Beantwortung der Fragen des Pflegers ihm die Arbeit zu erleichtern.

Es ist ein Verstum, zu glauben, daß die Beschlüsse der Wohlfahrtskommissionen endgültig sind. Das Wohlfahrtsamt kann diesen Beschlüssen beitreten. Es kann aber auch die bewilligten Unterstützungen herabsetzen und auch ganz streichen.

Massen heraus!

Freitag, den 29. Juli, 19 Uhr

Appell der Eisernen Front

im Stadion Neukölln, an der Leinestraße.

Ab 20 1/2 Uhr großes Feuerwerk. Einlaßkarten für Erwachsene 50 Pf., für Erwerbslose 25 Pf. Überall zu haben.

Gräßlicher Fall von Menschenfresserei.

Das eigene Kind getötet und verzehrt.

In der Gemeinde Sillvasparand bei Miskolc (Ungarn) hat eine offenbar geistesgestörte Frau ihr fünftes Kind getötet, zerstückelt, gekocht und einzelne Teile verzehrt. Es handelt sich um die 30jährige Ethel Kozleik, die aus ihren Viehschäften vier uneheliche Kinder hat. Vor kurzem schenkte sie einem fünften unehelichen Kind das Leben, das bald nach der Geburt verschwunden war. Die Gendarmerie verhaftete die Frau und sie teilte mit, daß sie das Kind bald nach der Geburt getötet und dann zerstückelt habe.

Gronau in Grönland gelandet.

Kopenhagen, 25. Juli.

Der deutsche Ozeanflieger Gronau ist am Sonntag gegen 19 Uhr Greenwich Zeit mit seinem Dornier-Superwal in Inlancheaab, einem Distrikthauptort an der Südwestküste Grönlands, auf etwa 61 Grad nördlicher Breite, wohlbehalten gelandet.

Santos-Dumont gestorben.

Rio de Janeiro, 25. Juli.

Einer drohenden Nachricht aus Sao Paulo zufolge ist dort Alberto Santos-Dumont, einer der Pioniere der Luftschiffahrt, im Alter von 59 Jahren gestorben.

Dumont führte seine ersten Flüge mit einem winzig kleinen Motorflugzeug in Paris 1899 aus. 1901 konstruierte er ein Luftschiff nach dem halbstarren System und gewann nach der Umfliegung des Eiffelturms einen Preis von 100 000 Franken. Der Brasilianer Santos-Dumont galt mit Recht als einer der ersten Pioniere der Luftschiffahrt.

Decksträhne im Fliegerlager.

Schon wieder ein Absturz auf der Wassertuppe.

Frankfurt a. M., 25. Juli.

Am Montagmorgen ereignete sich bei den Segelflügen auf der Wassertuppe erneut ein schwerer Unfall. Der Berliner Segelflieger Fiedler stürzte aus etwa 40 Meter Höhe mit seiner Maschine „Cullicus“ ab und wurde erheblich verletzt. Er erlitt einen Armbruch, einen Nasenbeinbruch und Schnittwunden im Gesicht. In einer Kurve schlug seine Maschine „Cullicus“ um und stürzte kopfüber zu Boden, wo sie völlig zerhüllte. Das Unglück ereignete sich, als Fiedler inmitten einer Menge Segelfluggäste über dem Wellenjeglerhang kreuzte.

Deutscher Dampfer in der Ostsee gesunken.

Stockholm, 25. Juli.

Der deutsche Dampfer „Renate“ aus Hamburg ist am Montag in der Nähe der Insel Golland gesunken. Wahrscheinlich ist das Schiff mit einem unter dem Meeresspiegel liegenden Wrack zusammengefallen und hat dabei ein großes Leck erhalten. Der Kapitän und die Besatzung, insgesamt neun Mann, konnten gerettet werden; sie trafen am Nachmittag an Land ein. Der deutsche Dampfer befand sich mit einer Eisenladung auf dem Wege von Holland nach Finnland.

Ehefrau mit Schere erstochen.

Dortmund, 25. Juli.

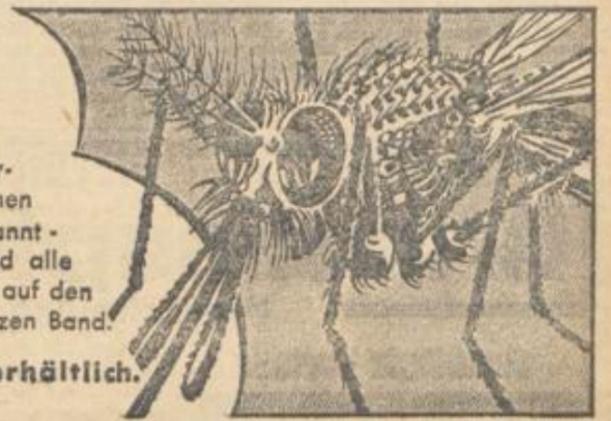
Bei einem häuslichen Streit hat heute vormittag der erwerbslose Bauarbeiter Emil Prengel seiner Frau eine Schere in die Brust gestochen. Die Frau brach blutüberströmt zusammen und starb, ehe ihr Hilfe gebracht werden konnte. Der Täter wurde festgenommen.



VERNICHTE DIESE PEST!

Heimtückisch greifen die Stechmücken an, während Sie schlafen und rauben Ihnen die Ruhe. Sie verderben Ihnen die Sommerfreude und sind eine ständige Gefahr. - Stechmücken können Ihnen gefährliche Fieberkrankheiten zufügen. FLIT - überall bekannt - ist das beste Mittel, um Fliegen, Mücken, Schnaken und alle lästigen Insekten schnell und sicher zu töten. Achten Sie auf den Flit-Soldaten auf der gelben Kanne mit dem schwarzen Band.

Nur in der plombierten Kanne ist FLIT erhältlich.



Einblendungen für diese Rubrik sind bis 11 Uhr abends...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 11. Kreis. Zur öffentlichen Rundgebung heute in der Hohenschule...
12. Kreis. Zur öffentlichen Rundgebung heute in der Hohenschule...
13. Kreis. Zur öffentlichen Rundgebung heute in der Hohenschule...

Ferien- und Reisezeit

Während der Ferien- und Reisezeit kann der 'Vorwärts' und der 'Abend' auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischer

lassen sich den 'Vorwärts' durch Postüberweisung nachsenden. Die Postbestellgebühren betragen nur 72 Pf. im Kalendermonat.

Laubenkolonisten

in Groß-Berlin wird der 'Vorwärts' durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laubenadresse ist erforderlich.

Postabonnenten

müssen die Nachsendung unter Beifügung von 50 Pf. in Marken mindestens 2 Tage vor der Abreise schriftlich bei der bisherigen Zustell-Postanstalt beantragen.

Vorwärts-Verlag

Berlin SW 65, Lindenstraße 3 Fernspr. A 7 Dönhoff 192-197

Frauenveranstaltungen

1. Kreis. Mittwoch früh 7 Uhr treffen sich alle Funktionärinnen, Helferinnen und Genossinnen bei Johann, Seidewitz...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin

Neuauflage: Achtung, Kleinkinder! Die Eltern, deren Kinder in Kleinkinder- und Kindergarten...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

114. Wkt. Unser Genosse Otto Haut ist verstorben. Erhebe sein Andenken! Beerdigung Mittwoch, 15 Uhr, Aufsehergefängnis, Weihenferde...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 65, Lindenstraße 2, oben 1. Treppe rechts.

Heute, Dienstag, 20 Uhr:

Gefundbrunnen I: Götterburger Str. 8: 'Die politische Situation'...
Gefundbrunnen II: Antoniebr. 8: 'Programme der SED'...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebahnstr. 37-38...
Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31...

Wetterausichten für Berlin

Zunächst noch heiter und warm, später auftretende Regeneigung. - Für Deutschland: In West- und Mitteldeutschland bewölkt und etwas Regen...

Theater, Lichtspiele usw.

PLAZA TRAUM LAND

Rose-Theater

P. Der Vulkan

LUNA PARK

Wanderungen Restaurant Berlins

Sporn-Rennen Hoppegarten

Parteiengenossen

Winter Garten

Ihren Urlaub

in den Heimen der ADEFE

Werlsee

Sächs. Schweiz

Nordseebad TÖNNING

die herrliche Sommerfrische

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wahlkörper-Versammlungen

Wahlkörper I

Wahlkörper II

Wahlkörper III

Wahlkörper IV

Wahlkörper V

Hermann Buhles

Hermann Buhles

Der Berliner Gauvorstand

Deutscher Metallarbeiter-Verband

KLEINE ANZEIGEN

Verkäufe

Möbel

Möbel

Kaufgesuche

Nur, Erholungs-aufenthal

Ver-mietungen

wohnungen

Brunshaupten und Arendsee bieten Erholung, Heilung u. Abwechslung

Der Unterstützungsraub.

Das Dritte Reich des Hungerkreuzes beginnt.

Hitlers Lügenbrut, die jahrelang der Arbeiterschaft und vor allem den Arbeitslosen vorgehalten hat, es wird in Deutschland besser, sobald Hitler die Macht habe, steckt jetzt um. So hat dieser Tage Dr. Fric auf einer Kundgebung der Nationalsozialisten in Göttingen erklärt, der Weg in eine bessere Zukunft sei ein Leidensweg der Entbehrungen. Es gebe nur ein Rezept: arbeiten, sparen und sich nach der Decke strecken.

Der Leidensweg der Entbehrungen unter dem Hungerkreuz hat begonnen. Seit Montag hat z. B. der Unterstützungsraub an den Arbeitslosen auf der ganzen Linie eingesetzt. In und vor den Arbeitsämtern spielen sich nach der Auszahlung der neuen gekürzten Unterstützungssätze wahrhaft erschütternde Szenen ab. Tausenden von armen Teufeln, besonders von den jüngeren Arbeitslosen, wird die Unterstützung halb oder ganz gestrichen.

Hunderttausende gehen nur noch mit einigen Bettelpennigen nach Hause.

Kürzungen von 30, 40 und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Stünde nicht der Wahltag vor der Tür, dann hätte sich die Erregung der Arbeitslosen gegen den brutalen Unterstützungsraub durch die Hitler-Barone wahrscheinlich in einer furchtbaren Explosion Luft gemacht. Nur die Möglichkeit, am kommenden Sonntag mit den Unterstützungsräubern abzurechnen, hat die Arbeitslosen zur Zurückhaltung bewogen.

Die Berliner Gewerkschaften haben über die Auswirkung der Notverordnung an Hand von Stichproben, die ohne jede Auswahl vorgenommen wurden, geradezu erschütternde Feststellungen gemacht. So ist bei 200 Arbeitslosenunterstützungsempfängern, die nach der Neuberechnung von der Anwendung der Hilfsbedürftigkeit erfaßt wurden, folgender Abzug vorgenommen worden: Die Unterstützungssumme betrug für diese 200 Unterstützungsempfänger bisher wöchentlich 2937 M. Nach der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit schied, weil die Bedürftigkeit verneint wurde, überhaupt aus: acht Unterstützungs-

empfänger mit einer Unterstützungssumme von wöchentlich 124,80 M. Die verbleibenden

192 Unterstützungsempfänger erhielten vor der Anwendung der Notverordnung wöchentlich eine Unterstützungssumme von 2812,45 M. Nach der Notverordnung der Hitler-Barone erhalten sie nur noch wöchentlich 1658,45 M.

Diesen Unterstützungsempfängern ist also eine „Ersparnis“ von 1154 M. weggenommen worden. Das sind 41,03 Proz. So etwas nennt man dem armen Teufel den Bissen Brot vom Munde wegnehmen. Kechnlich liegt es bei der Krisenunterstützung. Für 131 Krisenunterstützungsempfänger betrug bisher wöchentlich die Unterstützungssumme 1408,10 M. Nach der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit schied, weil die Bedürftigkeit verneint wurde, überhaupt aus: 17 Unterstützungsempfänger mit einer Unterstützungssumme von wöchentlich 116,25 M. Die verbleibenden

114 Krisenunterstützungsempfänger erhielten vor der Anwendung der Notverordnung wöchentlich 1291,85 M. Nach der Anwendung der Notverordnung erhalten sie nur noch wöchentlich 858,95 M.

Man „erspart“ an ihnen also wöchentlich 432,90 M. oder 33,51 Proz. Diese Unterstützungssätze gehen herab bis zu einer Mark wöchentlich.

Angesichts dieser Schreckensziffern, die außerhalb Berlin noch schlimmer sein dürften, wirkt das Gerede der Hitler-Reute, der Weg in eine bessere Zukunft werde ein Leidensweg sein, wie eine freche Verhöhnung der Arbeitslosen. Der Abbau des „Wohlfahrtsstaates“, den die Regierung der Hitler-Barone als ihr Programm angekündigt hat, muß, wenn nicht am kommenden Sonntag das Volk dem Hitler-Wahnsinn Einhalt gebietet, grauenvolle Szenen annehmen. Je größer Hitlers Macht wird, desto größer wird auch der Hunger in Deutschland. Hitlers Weg führt über Leiden, über die Leichen der von der SA ermordeten Arbeiter und über die Leichen der durch die Notverordnung der Hitler-Barone verhungerten Arbeitslosen.

Siedlung unter Rundfunknebel.

Freiherr von Braun verschiebt die Dffrage.

In einem Rundfunkvortrag teilte der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun die Absichten der Reichsregierung über die zukünftige Gestaltung der Siedlung mit. Nach den üblichen Phrasen über die nationalpolitische Mission der Siedlung ufm. sprach er einige vernünftige Worte über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Siedlung und wandte sich gegen die Siedlungsutopisten, die glauben, daß die ganze Wirtschaftskrise durch Siedlung zu beheben sei. Selbst wenn der gesamte Großgrundbesitz aufgeteilt würde, könnten nur 250 000 Siedlungsstellen geschaffen werden, deren Zahl in keinem Verhältnis zur Zahl der Arbeitslosen stehe. Wir stimmen dem Reichsernährungsminister in diesem Punkte durchaus zu, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nicht durch Siedlung gelöst werden kann. Bei seinen Ausführungen über den zukünftigen Umfang der Siedlung glaube er aber auf das Reichsiedlungsgesetz von 1919 zurückgreifen zu müssen, nach dem im Osten ein Drittel des Großgrundbesitzes, d. h. 1,15 Millionen Hektar, aufgeteilt werden sollen. Hier von sind bis 1930 bereits 460 000 Hektar versteuert, so daß noch 690 000 Hektar bereitstehen. Auf dieser Fläche können bei einer durchschnittlichen Stellengröße von 12 Hektar 57 500 Siedlungen errichtet werden, so daß, wenn hierbei rund 43 000 auf die bei der Aufteilung der Güter freierwerdenden Landarbeiter entfallen, höchstens 14 500 Siedlerstellen für zweite Bauernsöhne und Rückwanderer aus den Städten zur Verfügung stehen.

Mit der Durchführung des Reichsiedlungsgesetzes hat aber das heute allein zur Diskussion stehende Problem der Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft gar nichts zu tun. Hierzu sind viel durchgreifendere Maßnahmen notwendig, gegen die sich die ostelbische Junkertaste mit allen Kräften wehrt. Sie und ihre Vertreter in der Reichsregierung wollen vielmehr mit einer langsamen Umwandlung eines Drittels des Großgrundbesitzes in

Bauernland, die sich auf eine ganze Reihe von Jahren erstrecken soll, ständig Nachfrage nach Siedlungsland schaffen und damit die Bodenpreise hochhalten.

Zur Stützung der Güterpreise hat daher auch die Reichsregierung 50 Millionen für Siedlungszwecke im Etat neu ausgeworfen. Damit von den Gesamtkosten möglichst wenig auf Gebäudeerrichtung und Inventarbeschaffung und möglichst viel auf den Kaufpreis des Bodens entfällt, sollen künftig durch weitgehende Einschaltung des Arbeitsdienstes die Aufbautkosten verringert werden.

Natürlich wird die Einschaltung des Arbeitsdienstes und die Beschränkung der Baukosten mit der Notwendigkeit, die Rentenbelastung der Siedler zu verringern, begründet. Da auf der anderen Seite die Reichsregierung aber alles tut, um ein Zusammenbrechen der bankrotten Großgrundbesitzer zu verhindern und damit das Angebot an Siedlungsland zu verringern, liegt die Unwahrscheinlichkeit dieser Begründung klar zutage. Die Junker verstehen aber unter Landwirtschaftsbüro nur Besitzhaltung auf Kosten der Gläubiger und der Allgemeinheit. Das gilt auch für die Siedlung.

Eine tatsächliche Besserung der völlig verfahrenen Verhältnisse in Ostdeutschland kann aber nur durch restlose Einstellung der Subventionen des Großgrundbesitzes und durch Umwandlung aller nicht mehr lebensfähigen Güter in Bauernsiedlungen oder in genossenschaftlich betriebene Großbetriebe erfolgen. Davon will Freiherr von Braun nichts wissen. Dafür setzt sich aber die Sozialdemokratie ein.

Darum ist die Gesundung des landwirtschaftlichen Ostens nur gegen Freiherrn von Braun und durch die Unterföhung der Liste 1 der Sozialdemokratie möglich.

Was plant die Reichsbahn?

Die Reichsbahnhauptverwaltung beantwortet den Warm über Pläne, den freiwilligen Arbeitsdienst auch bei der Reichsbahn einzuföhren, mit einem unbefriedigenden Beruhigungsversuch. Sie bezeichnet die Behauptung, die Reichsbahn wolle für regelmäßige Eisenbahnarbeiten, insbesondere für Oberbauunterhaltung im großen Umfang Kräfte des freiwilligen Arbeitsdienstes einsetzen, als unzutreffend.

Warum erklärt die Hauptverwaltung nicht klipp und klar, daß für die eigentlichen Oberbauarbeiten kein freiwilliger Arbeitsdienst in Betracht kommt? Es kann doch nicht so schwer sein, den Eisenbahnern deutlich zu sagen, was man nicht will.

Neuer Verlust bei Henschel.

Beschäftigung auf etwa ein Jahr gesichert.

Deutschlands größte Lokomotivfabrik, die Henschel u. Sohn A. G., Kassel, die an den Reichsbahnaufträgen mit 35 Proz. beteiligt ist, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Verlust von 2,7 (im Vorjahr 1,5) Mill. M. aus, so daß sich der Verlustvortrag auf 4,15 Mill. M. erhöht. Der Verlust dürfte durch die Rückstellungen, die sich in dem Konto Anzahlungen, Rückstellungen ufm. von 8,3 (12,6) Mill. M. befinden, und durch den Reservefonds (2,5 Mill. M.) voll gedeckt sein, so daß das 45-Mill.-M.-Kapital in keiner Weise angegriffen ist.

Die Erfolgsberechnung wurde durch Abschreibungen auf die zugekauften Reichsbahnquoten beeinträchtigt; der reine Betriebserfolg war geringer als im Vorjahr. Die Vorräte kammien nun 12,2 auf 8,7 Mill. M. ermöhigt werden. Im wesentlichen infolge des Verkaufs von einigen Beteiligungen gingen die Forderungen von 63,4 auf 45,5 Mill. M., die Schulden von 31,3 auf 17,8 Mill. M. zurück.

Im Jahre 1931 existierten neun (1913 noch 22) deutsche Lokomotivfabriken, die an die Reichsbahn 109 (1913 dagegen 1200) Lokomotiven lieferten; davon hat Henschel 41 gebaut. Am Export der deutschen Lokomotivindustrie war Henschel mit fast 50 Proz. beteiligt; von den 286 exportierten Lokomotiven und Kesseln kamen 130 auf Henschel.

Der Betrieb war von Januar bis zum 9. Mai 1932 stillgelegt; in dieser Zeit erfolgte eine Umstellung des Betriebes von drei Werken auf zwei Werke, für die eine Beschäftigung auf acht bis zwölf Monate gesichert ist.

Irischer Großauftrag für Siemens.

Die irische Regierung hat der Siemens-Schuckert-Werke A. G. als Generalunternehmer den Erweiterungsbau für das von der gleichen Firma geschaffene Shannon-Kraftwerk übertragen. Der Auftrag umfaßt den Ausbau des Krafthauses und die Aufstellung eines weiteren Maschinenlagers nebst dazugehöriger Schaltanlage. Es handelt sich um ein Wertobjekt von etwa drei Millionen Mark.

Fusion NSU. - D. Rad?

Zunächst Verkaufsgemeinschaft beschlossen.

Die NSU. Vereinigte Fahrzeugwerke A. G. in Reckersulm hat mit der Abteilung D. Rad. Werke der Deutschen Industriewerke A. G., Berlin-Spandau, einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge der Verkauf der Motorräder beider Firmen gemeinschaftlich betrieben werden soll. Im Jahre 1929 hat NSU. bereits mit den Wanderer-Werken eine Verkaufsgemeinschaft für Motorräder abgeschlossen.

Auffälligerweise soll die Generalversammlung der NSU. nicht nur diesen Vertrag mit den D-Werken genehmigen, sondern auch

eine Firmenänderung in „NSU.-D. Rad Vereinigte Fahrzeugwerke A. G.“ gutheißen. Danach scheint es, als ob eine völlige Betriebszusammenlegung beider Unternehmen geplant sei, zumal mitgeteilt wird, daß die „Gemeinschaftsmodelle“ in Reckersulm produziert werden sollen. Im Interesse der Spandauer Arbeiterschaft wäre die völlige Verlegung der Motorradproduktion von Spandau nach Reckersulm zu bedauern.

Gegen die Arbeitsdienstpflicht.

Ueber das Thema „Zwangsarbeit oder freie Arbeit“, also über das Problem der Arbeitsdienstpflicht, sprach am Sonntag im Weidener Rundfunk der Sekretär des ADGB, Genosse Dr. Braeder. Der Redner legte sich mit der namentlich von den Nationalsozialisten aufgestellten These, daß die Arbeitsdienstpflicht ein Segen für das deutsche Volk sein werde, auseinander und führte alle die grundsätzlichen Einwendungen an, die namentlich von den Gewerkschaften gegen die Arbeitsdienstpflicht erhoben werden müßten.

Es sei unverständlich, daß die Arbeitsdienstpflicht als ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit angepriesen werde, denn sie könne nur der Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte, nicht aber der in Wirklichkeit notwendigen Beschaffung zusätzlicher Arbeit dienen. Arbeitsbeschaffung bedeute Beschaffung existenzsichernder Arbeit, d. h. Arbeit, deren Entgelt dem Beschäftigten und seiner Familie eine ausreichende Versorgung gewähre, die ihn teilhaben lasse auch an den kulturellen Fortschritten des Volkes, die ihn schließlich auch zum Wirtschaftsbürger und Staatsbürger insoweit mache, als er zu seinem Teil an der Aufbringung der Steuern, der Sozialbeiträge und nicht zuletzt als Konfliktant an der Steigerung des Warenabsatzes beteiligt wird.

Alles dies könne die Arbeitsdienstpflicht nicht bieten. Der Redner zeigte ferner die Unrichtigkeit der Kostenanschläge auf, die Anhänger der Arbeitsdienstpflicht, wie der Generalmajor a. D. Baupel und der Oberst Hiertl aufgestellt haben. Andererseits bestche die große Gefahr, daß sie Arbeiten des normalen Arbeitsmarktes, namentlich Arbeiten der öffentlichen Hand, ergreife und dadurch entlohnte Arbeit verdränge.

Diese Gefahren hätten sich auch beim freiwilligen Arbeitsdienst gezeigt. Trotzdem könne der freiwillige Arbeitsdienst einen Sinn haben, wenn seine arbeitsmoralischen, jugendförderischen Möglichkeiten in vollem Umfange ausgenutzt würden und wenn die Arbeit selbst sich streng im Rahmen der Zufälligkeit und Gemeinnützigkeit halte. Aber auch der freiwillige Arbeitsdienst erfülle nur die Aufgabe der Arbeitslosenbetreuung. Zu der viel entscheidenderen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung erinnerte der Redner noch einmal an die vom Krisentagrat des ADGB. aufgestellten Forderungen.

Deutschlands Kohlenproduktion.

Im Juni und im ersten Halbjahr 1932.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts wurden im Juni in ganz Deutschland 8,3 Mill. Tonnen Steinkohlen gefördert; im Juni vorigen Jahres waren es noch 9,5 Mill. Tonnen. Die Braunkohlenförderung ist von 11,8 Mill. Tonnen im Juni 1931 auf 10,4 Mill. Tonnen im Juni 1932 zurückgegangen, die Koksproduktion von 1,9 auf 1,6 Mill. Tonnen.

Die Steinkohlenförderung war im ersten Halbjahr 1932 mit 50,3 Mill. Tonnen fast 17 Proz. niedriger als im ersten Halbjahr 1931 (60,3 Mill. Tonnen). Weniger stark, nämlich um 7 Proz., ist die Braunkohlenförderung in der gleichen Zeit gesunken, von 62,6 auf 58,1 Mill. Tonnen. Die Koksproduktion ging von fast 12 Mill. Tonnen im ersten Halbjahr 1931 auf 9,5 Mill. Tonnen im ersten Halbjahr 1932 zurück, ist also weitaus am stärksten, um mehr als 20 Proz., gesunken.

Autoabfahz weiter rückläufig.

Zulassungen auf fast die Hälfte gegenüber dem Vorjahre gesunken.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind nach der Zulassungsstatistik nur 15 366 Personenwagen neu zugelassen worden. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, in der noch 27 862 Wagen als neu zugelassen ermittelt wurden, beträgt der Rückgang annähernd 45 Proz., wertmäßig sogar mehr als 50 Proz. Bei Lastwagen ist der Abfahz sogar auf weniger als die Hälfte zurückgegangen.

Einzelnen Autounternehmen scheint es aber gelungen zu sein, sich dieser stark rückläufigen Bewegung zu entziehen. So konnte die Daimler-Benz A. G. nach Mitteilung der Verwaltung ihren Abfahz an Personenwagen stüdmäßig um 30 Proz. gegenüber dem Vorjahre steigern. Wegen des Uebergangs der Käufer zu billigen Kleinwagen ist wertmäßig allerdings ein Rückgang um 12 Proz. eingetreten, der aber weit geringer als der durchschnittliche Rückgang ist. Der Lastwagenabfahz ist auch bei Daimler gesunken, aber auch nur halb so stark als im Gesamtdurchschnitt. Sehr beachtlich scheint uns, daß der Export von Kraftfahrzeugen bei Daimler-Benz gegenüber dem Vorjahre um 34 Proz. gestiegen ist.

Auch bei den Adlerwerken, Frankfurt, ist der Abfahzrückgang unter dem Durchschnitt geblieben. Im ersten Halbjahr 1932 wurden der Zahl nach 30 Proz. dem Wert nach 40 Proz. weniger abgefahz als im ersten Halbjahr 1931. Beschäftigt werden zur Zeit in den Betrieben und Filialen zusammen 3500 Leute; gearbeitet wird durchschnittlich 43 Stunden in der Woche.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin
 Freitag, Dienstag, 28. Juli, um 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Gewerkschaftshaus, Jugendheim, Gewerkschaftshaus, Engelstein, 24-25. Wir spielen auf dem Urban (ab 18 Uhr). — Steglitz: Jugendheim Niemannstraße 14. Wir gestalten den Abend selber aus. — Spandau-Wilhelmsberg: Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. Der Abend eröhrt der Gruppe. — Prenzlauer: Jugendheim Altkönigsstr. 48. Zimmer 2. Alfred besucht uns. — Regensberg: Jugendheim Eisenstr. 3 (am Hof, Regensberg). Ein Abend mit Jule. — Frankfurter Allee: Jugendheim Hünner Str. 18. Warum „Alte“ Front? — Köpenick: Jugendheim Döbeler Str. 22. Die Stellung der Frau in der Gesellschaft. — Ostend: Jugendheim Arndtstr. 44. „Gewerkschaften in der Krise“. — Oßensee: Jugendheim Arndtstr. 44 (Rantshof). „Gewerkschaften und Bapen-Regierung“. — Schöneberg: Jugendheim Haffelweberstraße, Wöhlentzule im Keller. Abendbesprechung. Treffen 19½ Uhr. — Die (spielen ab 18 Uhr): Köpenick: Sportplatz am Urban; Westhafen: Sportplatz „Einfame Pappel“, Dieg. H.; Köpenick: Sportplatz Humboldtstr.

Agendarunde des Zentralverbandes der Zweifelhften

Agendarunde des Zentralverbandes der Zweifelhften
 Heute, Dienstag, haben folgende Veranstaltungen statt: Gesundbrunnen: Jugendheim Schönholzstr. 1. Zeitungsauschnittabend. Was sagt die Presse zur gegenwärtigen Lage? — Köpenick: Jugendheim Guntterstr. 44. Berufsfragen. — Köpenick: Jugendheim Lehmer Str. 18-19. Jugend und Sport. — Spiele im Freien: Ab 20 Uhr in Köpenick. „Eiche“-Sportplatz, Eder Allee, Köpenick; ab 18 Uhr Sportplatz Köpenick.

Schiffer Laurents Geschichte

Erzählung von Eugène Dabit

Von Kindheit an hatte Laurent seine Zukunft vor sich gesehen. In seiner Familie war man Schiffer. Und nach dem Großvater fuhr nun Laurents Vater auf der Adrienne.

Laurents Großeltern bewohnten ein Dorf oberhalb Creils. Ihr kleines, gartenumgebenes Haus blickte auf die Dife, die am Fuß des Abhangs vorüberfloß.

Jeden Tag lief Laurent am Flusse hin bis an eine Schleufe. Dort beobachtete er die Mäandrier und hörte auf die Rufe der Schiffer. Er folgte den Rähnen und stellte sich an das Hafenboden, wo halbnaakte Schauerleute arbeiteten. Am Ufer lagen Berge von Sand, die er auf allen vieren erkletterte und von denen er sich wie eine Tonne hinunterrollen ließ, nachdem er von der Höhe Creil und die ragenden Scharfsteine seiner Fabriken gesehen hatte. Mit den Kameraden veranstaltete er Spiele. Wenn sie müde waren, setzten sie sich auf die Böschung über dem grünen Wasser, in das die Schlepper ölige Spuren zeichneten, der Wind die Blätter wehte, die Männer allen Schmutz warfen. Langsam glitt alles der Seine zu, die die Dife bei Conflans-Sainte-Honorine erreichte. Beim Klange dieses Namens träumte Laurent von einem fremden, fernen Land.

Spät kehrte er nach Hause zurück. Man drohte, daß man es Vater schreiben werde, der bald in Paris war, bald in Rouen, bald im Norden, bald im Osten. Nun, so würde endlich ein Brief kommen, dachte Laurent, dessen Umschlag er studieren könnte, und ein Bericht, der viel schöner wäre als ein Märchen.

Zuweilen begleitete auch der Großvater Laurent auf seinem Spaziergang. An der Schleufe setzte sich Großvater auf einen Stein und gab seinem Enkel Erklärungen. Laurent mußte ihm die Namen der Rähne vorlesen, und der Alte tat es gern, weil der Alte dann von seiner Vergangenheit erzählte. Überall war er gewesen: in Belgien, Deutschland und Holland. Laurent, der zu seinen Füßen saß, fragte: Werde ich das alles auch sehen?, und der Alte antwortete seufzend: „Du trittst an Vaters Stelle, wie er an meine Stelle getreten ist.“

Wenn sie heimkehrten, ging die Sonne unter. Ihre letzten Strahlen liebkosten das dunkle Wasser, über dem die Libellen mit gläsernen Flügeln kreuzten. Die Angler rollten ihre Reinen ein, die Rillen machten fest, und im Hintergrund stieg bläulicher Rauch auf.

In der Schule lernte Laurent so gut wie nichts. Man hatte ihm einen Atlas gegeben, und er brachte Stunden damit zu, in ihm zu blättern und alle Flüsse und Kanäle, auf denen er einfiel, fahrend würde, rot zu unterstreichen. Er lebte seinen Traum, hatte nie den Wunsch nach einem anderen. Fragte man ihn, was er werden wolle, sagte er: „Ich werde Schiffer wie Vater.“ So hatte er den Spitznamen Schiffer-Laurent bekommen.

Mit Vorliebe hielt er sich auf einer flachen Sandbank auf. Seine Kameraden entfernten sich wachend vom Ufer. Einer überquerte die Dife, und Laurent bewunderte ihn. Es war ein besonders heißer Sommer. Die Rähne glitten langsamer vorwärts, und die Schlepper brüllten wie müde Zugtiere. Laurent badete früh und abends. Er übte sich im Schwimmen, und als er konnte, mußten die Großeltern es sehen. Der Alte meinte, „Aufkanst du auf der „Adrienne“ fahren.“

Einige Monate später verlor Laurent seine Großmutter. Er meinte, Doch Vater kam, den er so selten sah. Vater erklärte dem Alten: „Ich nehme den Kleinen mit.“ Er blieb ein paar Tage da, um alles zu ordnen. Am Abend, der der letzte war in Laurents häuslicher Existenz, ging er noch einmal ans Ufer der Dife. Die Gräser neigten sich, die Wasser lingen, ein frischer Wind drehte schaumige Strudel. Laurent ging noch Haus und schlief zum letztenmal in einer Stube.

Mit Vater kam er nach Conflans-Sainte-Honorine oder, wie sie hier sagten, Conflans-Fin d'Isle. Die „Adrienne“ war ein schönes Fahrzeug, fest mit hauchigen Planken, braun gemalt mit hellgrünen Streifen. Sie lag gut im Wasser, gehorchte dem leisesten Ruderdruk und war fern gehalten. Laurent ging in die Kajüte, wie er so oft in seinen Träumen getan hatte. Er sah zwei übereinander stehende Betten, einen vierfüßigen Tisch, Strohstühle, Wanduhr und, auf einem Bord, die Photographie der Großeltern.

Laurents Mutter war eine Blondine mit sommersprossigem Gesicht und mit wasserhellen, blauen Augen. Sie arbeitete den ganzen Tag. Sie legte, schneuerte, schälte Gemüse, bereitete das Essen zu, während der Kahn mit seinen Holz, Sand, Steine oder Kohlen tragenden Schwestern die Seine hinabfuhr.

Bald war Laurent eingelebt. In Bluse und langen Hosen lief er bloßfüßig auf dem Rahne hin und her und hörte nicht auf Mutters Angstrufe. Hinten stand Vater und hielt die Ruderstange fest in seinen großen Händen. Laurent beugte sich hin und sah auf das Boot, das der „Adrienne“ folgte. Wie gern hätte er darin gefahren, um auf eigene Faust zu fahren! Wenn es durch eine Schleufe ging, drängten sich die Rähne um den Schlepper, der, wie ein gutmütiges Ungeheuer, Rauchwolken von sich blies. Man fuhr weiter, und an kahlen oder baumbepflanzten Ufern sah Laurent

Dörfer mit ihrem Fährprahm, Städte mit ihrer steinernen Brücke. Dann kam wieder eine Schleufe, wo man ewig warten mußte, bis man an der Reihe war. Endlich war man in Rouen. Das war eine riesengroße, verräucherte alte Stadt, die ganz beherrscht wurde von spitzen Kirchtürmen. Hier war der Fluß viel breiter. Insele ragten daraus auf, und man spürte fast schon die Gezeiten.

In einem Jahr fuhren sie, durch den Kanal von Tancarville, bis nach Le Havre. Zum ersten Male sah Laurent das Meer, die weißen Segler und alle die Schiffe, die so anders waren als die „Adrienne“. Aber ohne Sehnsucht fuhr er die Seine wieder hinauf.

Auf dem Flusse erlebte er die Jahreszeiten: den Winter, da das Wasser schmutzig und so häßlich war, daß es dem Meere zuzuwenden schien, um sich zu verstecken, und da an manchem Morgen die „Adrienne“ in einem Eispanzer saß, den man mit dem Bootshaken zerbrechen mußte. Den Frühling, da unter zartgrünen Bäumen friedliche Angler ihre Schnur auswarfen. Den Sommer, dessen Mittagssonne das Wasser wie flüssiges Metall zwischen den dunklen Ufern hinströmen ließ. Den Herbst, der die welken Blätter auf

Weltbild und Weltanschauung

Durchschnitt durch die Astronomie der Gegenwart / Von Dr. Bruno Allmann

Im vergangenen Jahrhundert hat ein Kompetenzstreit in der Wissenschaft zu scharfen Debatten geführt. Naturforscher und Philosophen nahmen das Recht auf weltanschauliche Prägungen ausschließlich für ihre Fachgruppe in Anspruch. Es sah — um 1900 herum — so aus, als ob den Naturforschern das Monopol zugesprochen werden mußte, weil die ewig gültigen Bausteine der Weltanschauung, die wissenschaftliche Grundlage der Weltanschauung, angeblich von ihnen allein beigelegt werden könnten.

Da legte eine Revolution in verschiedenen Spezialgebieten das Weltbild der damaligen Naturwissenschaft fast völlig beiseite.

Zwischenstadium

Zunächst wollte die alte, von Kant und Laplace aufgestellte Theorie der Entstehung unseres Sonnensystems nicht mehr mit neuesten Entdeckungen zusammenstimmen. Die Bahn des Jupiter und Uranus um die Sonne, das wurde festgestellt, verläuft in einer mit der Theorie unvereinbaren Richtung und verschiedene Monde, der achte Jupitermond, der zehnte Mond des Saturn, ein Mond des Mars, des Neptun, des Uranus bewegen sich in Bahnen, die sie nach der angeblichen Ablösung vom Zentralkörper der Sonne gar nicht einhalten können. Kant und Laplace mußten revidiert werden, aber bis heute ist noch keine Weltanschauungslehre aufgestellt worden, die sich so allgemeiner Geltung erfreut hätte wie seiner langen Zeit nach die Kant-Laplacesche Kosmogonie.

Chamberlins „Planetesimaltheorie“, die die Entstehung der Planeten aus Gaswolken der Sonne herleitet, sowie etwa die Entstehung des Nordlichts aus abgeschleuderten Teilchen des Sonnenkörpers, blüht prinzipiell im genialen Gedankengebäude der Kant-Laplaceschen Lehre. Sie besteht den Einwänden, gegen den die alte Hypothese wehrlos ist, aber kaum besser.

Die Astrophysiker sind auch zum großen Teil mit Lockers Meteoritentheorie, nach der unser Planetensystem sich aus Meteoritenschwärmen gebildet habe, unzufrieden.

In letzter Zeit ist Hörbigers „Weltletheorie“ populär geworden, wahrscheinlich deshalb, weil sie eine anschaulich prächtige Konstruktionsform der Entstehung des Kosmos darbietet und zum erstenmal wirklich eine Weltbildungslehre, keine bloße Schöpfungslehre unseres Planetensystems, enthält. Diese „Glazialkosmogonie“ nimmt ursprünglich zwei Weltkörper an: einen Riesenglobus, der etwa zehnmal so schwer ist als unsere Sonne, und ein peritiles Gebilde von etwas größerem Umfang als die Sonne. Der Globus sei in den Glutball gestürzt und der dadurch entstandene hochgespannte Wasserdampf habe gewaltige Mengen des größeren Körpers in den Weltraum geschleudert. Aus diesen Katastrophenmassen seien die Fixsterne, seien Planeten, Monde und unsere Sonne entstanden.

Den Physikern und Meteorologen will auch diese Hypothese nicht recht einleuchten. So stehen wir vor einem paradoxen Sachverhalt. Alle Forschungsergebnisse haben den Weltentstehungsprozess nicht aufgeklärt, sondern problematischer erscheinen lassen, als er den Gelehrten erschienen ist, die von der Kant-Laplaceschen Theorie überzeugt waren. Man entschließt sich zu einer oder der anderen neuen Hypothese geradewegs nur aus dem Grunde, weil der Stolz des Forschers es nicht erträgt, über das gewaltige Kapitel Weltbildung ganz unorientiert zu erscheinen.

Das neue Weltbild

Wie sieht aber — für den Naturwissenschaftler — die entstandene Welt nun aus?

Doch auch anders als für den Gelehrten vor einem Menschenalter.

Die Welt der heutigen Astronomie ist gegenüber der Betrachtungsweise von 1900 ebensolch größer geworden als die Welt des nachkopernikanischen Gelehrten gegenüber der Auffassung mittelalterlicher Zeiten. Mit einem Milchstraßensystem, zu dem auch unsere Erde gehört, kam der Astronom Anno 1900 aus. Die neuere Beobachtungstechnik erlaubte ihm, noch weitere Milchstraßensysteme, also immer neue Riesengalaxien von Sternen, zu entdecken, eine Sternreihe, bis zu deren äußersten Entfernungen der Lichtstrahl mit seiner Sekundengeschwindigkeit von 300 000 Kilometern erst nach 150 Millionen Jahren gelangen soll.

Diese ungeheuren Raumeinschätzungen schienen der alten Annahme von der Unendlichkeit der Welt eine Stütze zu bieten. Mit dieser Annahme hat aber die auf der Relativitätstheorie beruhende Physik gebrochen. Da Unioerum, lehrt Einstein, ist endlich, wenn auch unbegrenzt, eine Gestalt, die nur unter Zugrundelegung des gekrümmten Raumes möglich ist. Allerdings will Einstein seine These nur so lange aufrechterhalten, als die Wissenschaft gestattet, den Durchmesser des Unioerums bis zu 240 Milliarden Lichtjahren anzulegen. Einstweilen verweist also die Astronomie bei der Vorstellung des endlichen Raumes, der trotzdem wie eine Kugelfläche umgrenzt sein kann, weil er gekrümmt ist.

Die alte Frage des Kinderliedes: „Wieviel Stern' am Himmel stehn?“ hat ein englischer Astronom, Eddington, während des Krieges beantwortet. Er stellt 18 Größenklassen von Fixsternen auf, insgesamt sollen gegen 150 Milliarden solcher Sonnenkörper das Unioerum bevölkern. Außer den Fixsternen gibt es im Weltraum noch sehr viele, sehr ausgebreitete Gasmassen. Sie erscheinen dem unbewaffneten Auge als zerstreute, schwach leuchtende „Nebelwolken“. Weltkörper sind es auch, als Sonnen kann man

Wasser streute. Schön war es zu allen Jahreszeiten, schön waren die Jahre überhaupt. Aber sie eilten davon wie die Wesen.

Seine Eltern wurden alt. Er nahm Vaters Platz an der Ruderstange ein, wusch das Deck, treibete die „Adrienne“ an die Schleusen, warf das Tau, wenn angelegt werden sollte. Auch der Kahn alterte. Laurent fühlte, daß der Boden unter seinen Füßen nachgab; er hörte die Balken knarren, wenn sie die Seine aufwärts fuhren, er hörte die Spanten ächzen, wenn die Labung allzu schwer war. Er tat alles, was nötig war, er leerete, kalketerie und malte. Aber schließlich mußte die „Adrienne“ doch ins Dock. Laurent konnte nicht gut sehen, daß fremde Hände sie berührten. Er lief von Bord und fuhr nach Paris, wo er sich am Kanal Saint-Martin und am Hafen von La Villette umhertrieb, in einer Gegend also, die er vom Kahn her kannte. Zuweilen kam er bis zur Place de la Bastille, wo er die Seine wieder sah. Dort hatte ihn eines Abends eine Frau angesprochen...

Sie waren weitergefahren. Die „Adrienne“ hatte ihre Jugend wiedergefunden, glitt mit Behendigkeit durchs Wasser. Doch Laurents Eltern wurden immer schwächer. Der Vater litt an den Folgen zahlloser Nebelmorgens und Regentage. Die Mutter arbeitete noch wie sonst. Sie mußte. Das Wasser sang ein Lied, leise oder laut, langsam oder schnell, je nachdem, wie die Tage waren. Und die Zeit verging. Laurent verheiratete sich. Die Eltern gingen an Land, in das Dorf, in dem Laurent als Kind gelebt hatte. Er blieb allein auf der „Adrienne“, als ihr Herr. (Schluß folgt.)

Die nicht bezeichnen, weil ihre Temperatur sehr gering ist. Sie glühen nicht, sie leuchten nur.

Ueber Größe, Dichtigkeit, Bewegungsrichtung, Farbe, Alter, Geschwindigkeit der Fixsterne und Nebelbede wissen die Astronomen heute mancherlei Angaben zu machen. Sie ergänzen posend und anschaulich das Bild der Weltkörper größten Formats, das auch in diesen Punkten teilweise erheblich von dem Weltbild der Gelehrten voriger Generation abweicht.

Auch über unsere Erde denkt der Forscher heute anders als der Kollege vor einem Menschenalter. Die Vorstellung eines Körpers mit glutflüssigem Kern, der von Zeit zu Zeit die Hülle zum Auswurf feuerhaltiger Stoffe zwingt, ist aufgegeben. Hart an der Oberfläche vulkanischer Gegenden befinden sich glutflüssige Massen, das Erdinnere beharrt, wie die Geologen von heute sagen, im „plastischen“, d. h. festen, geformten Zustand. Tief in der Erde, 2900 Kilometer, soll eine Schicht schwerer Metalle, hauptsächlich von Nickel und Eisen, lagern, darüber verschiedene Schichten von Sulfid und Oxyd, etwas höher große Schichte magnesiumreicher Silikatgesteine. Zu oberst befinden sich Granit und Schiefer. Es ist noch kein Bergmann mehr als 24 Kilometer in die Tiefe gedungen, der Forscher kann keine Mutmaßungen über den Gehalt des Erdinnern nur aus Schwereberechnungen der Erdfächen anstellen.

Selbstverständlich ist er erst recht auf Mutmaßungen angewiesen, wenn er von der Welt der Größen, der Fixsterne, über unseren Planeten, zur Welt des Kleinsten, zu den letzten Teilen der Materie, den untermikroskopisch winzigen Bausteinen des Weltalls, betrachtend übergeht. Auch da hat der Forscher seit 1900 gewaltig umgelert. Die mechanische Naturauffassung von damals, die alle Vorgänge an festen, flüssigen und gasförmigen Körpern auf reine Bewegungsorgänge kleinster Teile, der Atome, zurückführte, ist preisgegeben. Was man so Materie oder Stoff nannte, soll im Grunde aus Elektrizität bestehen. Aus einer positiven elektrischen Hauptmasse, um die negative Elektronen mit unvorstellbar großer Geschwindigkeit kreisen, denkt sich der Naturforscher die Materie zusammengesetzt. Die 72 Grundstoffe der Chemie von 1900, die ein Jahrzehnt später schon auf 80 angewachsen waren, sind gar nicht artverschieden. Sie sind alle elektrische Energiequanten und nur durch die ungleiche Anzahl und Geschwindigkeit der umlaufenden Elektronen um ihren positiven elektrischen Kern geminnen sie verschiedene Form und Kraftäußerungen. Eine großartige Vereinfachung der Erkenntnis, dabei eine merkwürdige Annäherung an die Lehre des Griechen Demokrit, der — 500 Jahre v. Chr. Geburt — die Grundstoffe ebenfalls nur als quantitativ verschiedene, in Größe, Form, Zahl der Atome abweichende Naturgebilde ansah.

Was ist damit gewonnen?

Bergleiten wir, mit der Schilderung dieses skizzenhaften Abrisses der Natur und ihrer Vorgänge fortzufahren, etwa neben die fragmentarische Oberflächendarstellung der anorganischen Sphäre der Welt eine solche der organischen zu legen. Die Frage drängt sich uns aber doch schon an dieser Stelle vorlegen: was ist mit dieser Art naturwissenschaftlicher Betrachtungen gewonnen?

Zunächst keine garantiert endgültige Einsicht über Gestalt und Entwicklung im Unioerum. Die Forschergeneration um die Jahrhundertwende hat mit diesem Anspruch einen bösen Hereinfall erlebt, die Gelehrten werden sich das hoffentlich für immer als Warnung vor ähnlichen Annahmen merken. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß eine künftige Forschergeneration unsere Betrachtungen über Himmel und Erde und alles, was den Gesamtrahmen der Natur ausfüllt, samt und sonders verwirft, genau so, wie die heutigen Wissenschaftsvertreter die Naturauffassungen von 1900 größtenteils vermorfen haben.

Sobann merken wir uns das ein für allemal: es ist mit diesen Behauptungen nur ein Weltbild geboten, keine Weltanschauung.

„Ich sehe, wenn ich Hörbigers „Glazialkosmogonie“ folge, erstaunliche Dinge und Vorgänge. Ich stelle mir zwei ungeheure Weltkörper vor; ich lege sie in Karambolage geraten, ich male mir die Zertrümmerung gewaltiger Massen und ihre Lospreiung vom Zentralkörper aus, ich füge die Trümmer mit bildlicher Vorstellungskraft wieder zu Weltkörpern zusammen und schaue innerlich den so geformten Sternenhimmel über mir. Ein gewaltiges Gemäße, das die Naturforschung entwirft, aber doch immer nur ein Bild, ein Weltbild.“

Beim Sehen, beim Vorstellen, beim Ausmalen, beim innerlichen Schauen bleibt es, wie viele Belegstücke einer natürlichen Weltverfassung ich auch der Forderung und Feststellung unterwerfe. Es bleibt erst recht dabei, wenn ich das Weltbild mit Zutaten der biologischen Wissenschaft ergänze und etwa nach dem darwinistisch-lamarckistischen Schema mir ein Bild von der Entstehung der Arten mache. „Welch ein Schauspiel!“

Zur Weltanschauung formt sich das Weltbild erst dann um, wenn ich die faustliche Frage im weitesten Sinne beantworten kann: „Wie sah ich dich, unendliche Natur?“ Ich muß über Sinn und Zweck der Weltbestände, über die Möglichkeit und Notwendigkeit des Zusammenhanges und Aneinanderreißens der Weltbestände, größten wie kleinsten Formats, Auskunft erteilen können, dann, und nicht vorher, hab ich eine Weltanschauung.

Deutsche Sozialisten

Lorenz von Stein (1815 bis 1890)

Es geht eine gewaltige Bewegung durch unsere Zeit. In jedem Augenblick, in jedes Herz greift sie mächtig hinein, zugleich Liebe und Kampf findend, wo sie auftritt. Sie redet uns von einer schönen Zukunft, voll von kühnen Bildern und stolzen Gestalten. Es ist die Freiheit, bei deren Namen die Gegenwart Europas bis ins Innerste tief bewegt erzittert.

Soll eine Bewegung wahr sein, so muß sie nicht bloß ihr Ziel kennen. Jeder Punkt, der sich zwischen Beginn und Ende findet, muß einzeln überwinden und aufgelöst daliegen, wenn mit dem letzten zugleich die Ruhe in ihm gefunden werden soll. Ueberpringt sie auch nur eine einzige Stufe, so muß sie zurück, und das Bekannte gegen den jetzt zweifachen Zweifel noch einmal beginnen. Die innere Unfertigkeit des Wahren ist ihm ein größerer Feind als der Verstum.

Jene Freiheit aber — ist sie uns eine innerlich fertige zu nennen? Ist sie abgeschlossen und vollendet mit einer Staatsform? Haben wir das, was uns bisher trieb, wahrhaftig schon verstanden und punktwiese bis an die Grenze verfolgt, an die es denjenigen treiben muß, der sich ihm hingibt? Was ist es denn, was uns auf Bolksvertretung hoffen läßt? Was ist es, was in uns die Bolks-erziehung fordert? Was ist es, was wir von der Tagespresse eigentlich hoffen? Gibt der Gedanke, wenn er anders ausrichtig ist, nicht hinaus über jene enge Grenze des vagen Liberalismus, zu der Idee, daß in jedem höchsten, seinem Wesen nach gemeinsamen Gut die Persönlichkeit als solche unendlich berechtigt ist? Und die Idee — ist sie in ihrem tiefsten Grunde eine andere, als die der Gleichheit? Ist denn aber so, wo ist denn die rechte Aufgabe und die wahre Grenze dieser Gleichheit der Person?